

— Zwölfter Jahrgang. —

Nr. 8.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

8. Woche für die Zeit vom 20. bis 26. Februar 1903.

Posen, den 3. März 1903.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 1 (Januar) des Sokół (Posen)
von 1903:

Gehen wir in uns!

Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Entwicklung der vor 18 Jahren durch einzelne Personen im Großherzogtum Posen ins Leben gerufenen Sokol-Idee im deutschen Reiche bedeutende Fortschritte gemacht hat. Vom Jahre 1884 bis zur Bildung des Verbandes haben etwa zwanzig Vereine die polnische Sokolidée verbreitet, zwar nicht im Fluge, aber eifrig und ständig, und die Energie und das Bewußtsein, welche sich besonders in den überwiegend der älteren Generation angehörenden Elementen verkörpert, haben auf die weitere Entwicklung des Sokolismus einen fördernden Einfluß ausgeübt. Nach dem Lemberger Turnfest im Jahre 1894 haben alle das Bedürfnis nach einer gleichmäßigen Organisation gefühlt und dem Projekte, einen Verband und besondere Gaue zu schaffen, beigestimmt. Auf diese Weise haben sich unsere Sokolherde im Jahre 1895 in eine unzerreißbare Kette zusammengeschlossen, welche immerfort wächst und mit der Zeit einer der mächtigsten polnischen Verbände im deutschen Reiche werden wird. Wenn sich die Gesangsvereine, die landwirtschaftlichen Vereine und die Wahlkomitees nach außen hin abschließen und sich in dem engen Provinzialismus einsperrten, als wenn sie sich vor der Berührung mit den Brüdern der benachbarten Provinzen fürchteten, so macht in dieser Beziehung unser Sokolverband unzweifelhaft eine Ausnahme, welcher im schnellen Fluge und mit scharfem Auge die Länder von der Weichsel bis zum Rhein eingenommen hat, sowie in sich jedes Atom des Sokoldaseins vereinigt und darum besorgt ist, daß die in dieser Hinsicht unternommenen Anstrengungen nicht verloren gehen. Er richtet eifrig sein Augenmerk darauf, daß das Leben der einzelnen Vereine kein künstliches, vorübergehendes, sondern ein dauerndes und einheitliches sei, wenn es sich anfänglich auch nur auf den Charakter von Einzelpersonen stützen sollte. Es ist besser, daß wir weniger sind und unsere Fortschritte mäßig sowie langsam zunehmen, wenn wir nur die Garantie einer ständigen und regelmäßigen Entwicklung und des erhebenden Gefühls haben, daß wer das Ungewitter überdauert hat und ein Sokol ist, diese seine Standarte bis zum Tode nicht mehr verlassen wird. Wer das Ungewitter überdauert hat? Ist es also auch in unserm Verbands nicht ohne Verwirrung und Unruhe abgegangen? Daß es so gewesen ist, können wir heute ohne Umschweife bekennen.

Nach dem Lemberger Turnfest begannen die Vereine bei uns zu wachsen wie Pilze nach dem Regen. Die durch den unglücklichen Beschluß eingeführte prächtige Uniform hat für unser Sokoltum Gecken gewonnen, deren einziges Bestreben darin bestand, bei Turnfesten und feierlichen Gelegenheiten zu paradieren, sowie in Ballsälen und Abendunterhaltungen herumzutänzeln und mitunter leider sich auch mit der Uniform in den Kneipen umherzutreiben oder die Behörden zu provozieren. Zu Turnübungen ist solch ein Sokol dagegen noch kein einziges Mal gewesen, aber seinen nicht uniformierten Nächsten hat er verachtet, weil er sich für etwas besseres hielt; er hat also mit einem Worte, anstatt das Sokoltum zu heben und ein dessen Bau stützender Pfeiler zu sein, es Gefahren ausgesetzt; er fügte ihm Schaden zu, ohne es vielleicht zu wissen und auf diese Weise bekam unser Vereinsbau Risse, welche zu der nicht abwendbaren Krisis führten. Als im Jahre 1895 die Polizeibehörden von der Entstehung des Verbandes Kenntnis erhielten, begannen sie uns systematisch zu quälen. Von den 60 im Jahre 1896 bestehenden Vereinen erwies sich nahezu die Hälfte als ephemeristischer oder vorübergehender Natur, denn die künstlich geschaffenen Vereine vertraten nicht die Grundsätze der Ausdauer und Mannhaftigkeit, und als im Jahre 1898 der Rechenschaftsbericht des Verbandsvorstandes nur 39 Vereine aufwies, hatten wir wenigstens die Gewißheit, daß die Salonsokols und Aufschneider sich vom Sokoltum abgewendet haben und an Stelle der Feigheit, des Ausreißertums, der Aufschneiderei und der Mutlosigkeit eine wahre Bruderschaft gestählter Charaktere sich erhalten hat. Von 4000 Mitgliedern blieben kaum 2000, aber dafür tatkräftige, im Feuer der Chifane und unaufhörlicher Kämpfe geläuterte Männer, welche in der Uniform ihre Würde zu wahren wußten sowie erhobenen Hauptes und mit verdoppelter Geistesstärke zu den Turnübungen, zu den Versammlungen und öffentlichen Turnfesten eilten, um ihre Pflicht zu erfüllen.

Also von der Delegiertenzusammenkunft im Jahre 1898 ab datiert in unserm Verbands die Wendung zur Besserung. Die gesunde Grundlage des nationalen Demokratismus hat alle Mitarbeiter auf dem Sokolfelde gleichgestellt und der Zeitabschnitt der letzten 5 Jahre, seine ruhige und systematische Arbeit, die Fortschritte in der Gymnastik selbst, die ständig und bedeutend zunehmende Zahl von Teilnehmern an öffentlichen Turnübungen und Ganturnfesten sind der Beweis dafür, daß wir uns ohne Klassenunterschied und ohne Klassenneid als eine große brüderliche Familie fühlen. Der Schlesier versteht den Auswanderer im Rheinlande und in Westfalen, der Majore aus Lubau fühlt sich eins mit dem Groß-

polen, und dieses gegenseitige Sichverstehen, diese Liebe zum Sokolium, dieses Hinstreben zu gemeinschaftlichen Zielen, zur geistigen und physischen Wiedergeburt, nimmt bei unseren Delegiertenzusammenkünften, deren Ansehen, deren Tagesordnung sowie Einmütigkeit bei der Durchführung von Reformen ohne Übertreibung anderen Verbänden und Institutionen als Vorbild dienen können, eine hervorragende Stelle ein. Heute zählt unser Verband 8 Gauen, 70 Vereine und nahezu 4000 Mitglieder, und wenn wir die Adepten unserer Sokolidee, die 700 Zöglinge und 300 übennden Frauen berücksichtigen, dann begreifen wir sehr leicht, daß wir uns auf einem guten Wege befinden, auf dem wir nur ausharren müssen, um unsere Wiedergeburtssache ein für allemal in Siegesbahnen lenken zu können.

Aber weil das Bewußtsein der Notwendigkeit der Besserung und das Streben nach Reformen einer der wichtigsten Faktoren des Fortschritts ist, darum wollen wir bei Beginn des neuen Jahres „in uns gehen“ und den Mut haben, unsere Mängel und Gebrechen, deren es leider sehr viele gibt, zu besprechen.

Es gibt viele Vereine, welche es nicht verstehen, sich den Bestimmungen, welche der Polizei gegenüber zu beachten sind, anzupassen. Um diesem Mißstande abzuweichen, hat der Verbandsvorstand entsprechende „Fingerzeige“ (wskazówki) veröffentlicht. Viele Vereine lassen sich die Schaffung von Zöglings- und Frauenabteilungen nicht angelegen sein, während wir doch ohne diese Abteilungen unsere Sokolflügel niemals in gehöriger Weise werden entfalten können. Zahlreiche Vereinsvorstände vernachlässigen in erschreckender Weise ihre Pflichten dem Verbandsgegenüber, indem sie die Fragebogen nicht einsenden und mit den Verbandsbeiträgen im Rückstande bleiben. Inwieweit sie durch diese Nachlässigkeit die Organisationsarbeit hemmen und in welcher Weise sie hierdurch den schwächeren Vereinen, welche mitunter monatelang auf die Unterstützungen warten müssen, den Lebensnerven unterbinden, kann nur derjenige beurteilen, welcher wie der Verbandsvorstand regelmäßig jeden Monat die Hand an den kranken Organismus anlegt und seinen Puls untersucht. Und wie steht es mit dem Eigennutz und mit den persönlichen Rücksichten? Sind schon alle Vereine davon befreit? Ist die Mutlosigkeit und der Nepotismus bezw. das Protegieren ungeeigneter Personen schon überall beseitigt? Und stehen unsere Turnsäle nicht oft leer da? Wird für die Monatsversammlungen durch Vorträge aus dem Gebiete der Gymnastik, Geschichte oder Literatur Abwechslung geschaffen? Sind sie minder geistlos als einst?

Das sind Fragen, welche der Leser selbst beantworten wird, indem er sein Sokolgewissen mit dem neuen Jahre aufrüttelt. Wenn bei uns also auch nicht alles so ist, als wie es sein müßte, und wenn wir dies einsehen und in der Befürchtung des Nichtbestehens uns mit dem vom „technischen Ausschuss“ gefaßten Beschluß, in diesem Jahre noch kein „allgemeines Turnfest“ zu veranstalten, im Prinzip einverstanden erklären, dann laßt uns geloben, daß wir uns bessern und daß wir vom gegenwärtigen Zeitpunkt ab der gemeinschaftlichen Arbeit mehr Zeit opfern, daß wir auch dabei mehr Energie entfalten wollen. Diese geistige Sammlung wird unzweifelhaft die erwarteten Früchte zeitigen. Zeigen wir, daß die Zahl der sich an den Turnfesten aktiv beteiligenden Sokols, welche im Jahre 1901 = 429 und im Jahre 1902 = 675 betragen hat, noch keine vorzügliche Leistung ist; wenn jeder Verein in diesem Jahre durchschnittlich auch nur 15 aktive Sokols stellt, dann würde es für 70 Vereine = 1000 ausmachen! In diesem Geiste laßt uns weiter arbeiten — uns ebenso, wie unser unsterbliche

Poet Mickiewicz sich selbst ganz berechtigt „eine Million“ nannte, so laßt in diesem Jahre vor den Ganturnfesten auch unsere Lösung sein: „es müssen sich Tausend stellen!“

Karl v. Rzepecki.

Aus Nr. 1 (Januar) des Sokół (Posen)

von 1903:

Als Antwort

auf den seit einigen Jahren mit dem Vorsitzenden des mit uns verbrüdereten polnischen Sokolverbandes in Galizien geübten Brauch des Brechens der Weihnachtsoblaten, erhielt der Vorsitzende unseres Verbandes, Rechtsanwalt und Abgeordneter Dr. Bernhard v. Chrzanowski nachstehenden Brief:

Lemberg, den 21. Dezember 1902.

Verehrter Kamerad

Vorsitzender!

Mit Dir und den von Dir geleiteten Kameraden breche ich das symbolische Brot der Wiedergeburt und der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Möge es nicht mehr lange dauern!

Bei dieser Gelegenheit und bis Ihr — in kürzester Zeit — eine offizielle Einladung zu unserm auf den 28. und 29. Juni 1903 festgesetzten Turnfest bekommt, teile ich mit, daß wir Euch nicht als „Gäste“ betrachten wollen, denn diese Bezeichnung behalten wir uns für unsere Freunde vor, sondern als mit den hiesigen Sokols die gleichen Rechte teilenden Brüder. Wir erwarten daher, daß Ihr Euch mit uns an allen für die polnischen Sokols vorbehaltenen Übungen beteiligen werdet und wir würden uns sehr freuen, wenn Ihr außerdem auch noch mit irgendwelchen besonderen Übungen auftreten wolltet.

Auf jeden Fall erwarten wir Euer zahlreiches Erscheinen. Wenn auch Eure Regierung es nicht erlaubt hat, daß wir in Posen zusammenkommen, so müßt Ihr Euch um so zahlreicher in Lemberg einfinden, wo Euch brüderliche und warme Herzen erwarten. Gruß!

Dr. Xaver Fiszler,
Vorsitzender des Sokolverbandes.

Aus Westpreußen.

Aus Nr. 38 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 17. Februar 1902:

Aus der Kaschubei.

Sie haben einen Bericht über die Wählerversammlung des Kreises Königs gebracht, die in Bruch stattgefunden hat. In diesem Bericht sind jedoch viele überaus wichtige und bezeichnende Einzelheiten übergangen worden, die heute nicht mehr übergangen werden können. Es handelt sich nämlich darum, daß die Allgemeinheit der Leser über die Weiterentwicklung der Vorgänge gehörig unterrichtet sei, welche jetzt nach der unglücklichen Brucher Versammlung eintreten müssen. Zunächst betone ich, daß die Kandidatur des Herrn Kulski immer unpopulärer wird. Man hat früher durch die Finger auf sie gesehen, heute aber erklärt sich fast unsere gesamte westpreussische Intelligenz, besonders unsere Geistlichkeit entschieden gegen sie, und zwar in der Form, daß sogar Personen, welche unsere Verhältnisse sehr nüchtern

beurteilen, der Ansicht sind, man könne im nationalen Interesse diese Kandidatur im Wahlkreise Konitz-Tuchel nicht aufstellen, da sie geradezu eine schwere Beleidigung für alle Leute wäre, welche ehrlich und redlich für die nationale Sache arbeiten.

Das, was in der Versammlung sich zugetragen hat, war etwas bei uns Ungewohntes und Unerhörtes, und nur der, welcher die in unserm Kreise herrschenden Verhältnisse näher kennt, welcher weiß, mit welcher Hingabe die hiesige Intelligenz am Volke und zusammen mit dem Volke arbeitet, kann beurteilen, wie allgemein das Gefühl des Widerwillens war beim Anblick der durch Agenten verbreiteten Demoralisation. Es genügt zu betonen, daß sich unter den Mitgliedern des Kreiskomitees haben Äußerungen vernehmen lassen, daß das Kreiskomitee überhaupt keine Vorwahlversammlung einberufen sollte, — denn angesichts des durch die Agenten des Herrn Kulerski geübten Terrorismus kann man in der Versammlung nicht zum Worte kommen.

Eine neue Versammlung, die in der gleichen Weise verlief, würde die Schaffung geradezu unmöglicher Verhältnisse verursachen, und zwar eine tiefe Spaltung zwischen dem einfachen Arbeitervolk und den Bauern einerseits und unseren Großgrundbesitzern andererseits; denn nur das Arbeitervolk ist für die Kandidatur des Herrn Kulerski, soweit man sein Blatt abonniert.

Zur Charakteristik der Versammlung hebe ich hier eine Einzelheit hervor, welche der Kandidatur des Herrn Kulerski am meisten geschadet hat.

Als der Gendarm die Versammlung aufgelöst hatte und die Volksmenge nebst Herrn Kulerski auf die Straße gelangte, rief Herr Kulerski, umgeben von seinen kräftigen Verehrern, mit lauter Stimme: „Die Herren haben im Einvernehmen mit der Polizei die Versammlung aufgelöst, da sie nicht haben wollten, daß ich Abgeordneter sei.“

Der dicht dabei stehende Abgeordnete v. Czarlinski trat dieser Behauptung mit scharfen und entschiedenen Worten entgegen, und er erklärte Herrn Kulerski, er trete gegen dessen Kandidatur nicht auf, wenn Herr Kulerski sich nur in redlicher Weise um ein Mandat bemühe. Herr Kulerski machte sich diese Äußerung des Herrn v. Czarlinski auf seine Art zu nütze, indem er wiederum mit vernehmlicher Stimme rief: „Habt Ihrs gehört, Herr v. Czarlinski will, daß ich Abgeordneter sei!“

Zeugen dieser Szene waren viele Personen aus der Intelligenz, welche sich im Lokale daneben gesammelt hatten und, durch die Rufe angelockt, an die Fenster geeilt waren.

Wenngleich man Herrn Kulerski, welcher durch die Vorgänge in Bestürzung geraten war und unter dem Eindruck der Versammlungslösung den Saal verlassen hatte, viel zu gute halten könnte, so hätte die ungerechtfertigte Denunziation so gleich an Ort und Stelle verhängnisvolle Folgen haben können, denn auch das Volk war empört. Daß die Denunziation ganz unnötigerweise zum Haß gegen den an Zahl geringen Kreis der polnischen Intelligenz beitragen wird, unterliegt keinem Zweifel. Noch trauriger ist die Tatsache, daß Herr Kulerski diesen Verdacht in der Gazeta Grudziödzka aufgeworfen hat, jedoch mit der Änderung, daß er ihn dem Volke in den Mund gelegt hat. Dies widerspricht aber, wie Zeugen bestätigen können, der Wahrheit.

Sie werden sich wahrscheinlich wundern, wie eine unglückliche Kandidatur, oder vielmehr die zu ihren Gunsten betriebene unglückliche Agitation in unsrer ganzen westpreussischen Volksgesamtheit hat solchen Aufbruch anstiften können. Auch für uns ist die Sache ziemlich neu. Tatsache ist jedoch, daß überall die

Agitation gegen Herrn K. erwacht. Beweis dafür sind die von unsrer Geistlichkeit in der Gazeta Gdanska und im Bielgrzym erlassenen Proteste.

Zum Schluß noch einige Worte, um diejenigen aufzuklären, welche in dieser Aktion durchaus keine persönliche Angelegenheit, sondern den Kampf irgendwelcher Ideen erblicken wollen. Daß Herr Kulerski nicht die sogenannte volksparteiliche Politik repräsentiert, beweist der Umstand, daß es im Tuchel'schen die Aufstellung der Kandidatur des Herrn v. Czarlinski bekämpft und mit aller Kraft die Kandidatur des Herrn v. Brondzynski unterstützt hat, den doch wohl niemand besonderer Sympathien für die Volksparteiler beschuldigen wird.

In Berent suchten die Hintermänner des Herrn Kulerski der Kandidatur des Herrn Gorski zu schaden. Gorski ist der einzige von allen unsren bisherigen Kandidaten, welcher mutatis mutandis als Volksparteiler gelten könnte. Ferner wurde dank der Agitation des Herrn Kulerski die Kandidatur des Herrn v. Czarlinski hier ganz beiseite geschoben. Im Falle, daß Herr Kulerski im Graudenz'schen gewählt wird, wird das Ergebnis seiner Aktion nur das sein, daß im Tuchel'schen die bei Volksparteilern und Nichtvolksparteilern so sympathische Kandidatur des Herrn Wolzlegier beseitigt worden ist. Zum Überflusse sind unsre Grenzmarken, wo die Agitation am meisten Not tut, verlassen, denn da sind keine Mandate vorhanden. Das ist in unsrer Wahlbewegung das bezeichnendste!

Aus Nr. 39 der Gazeta Toruńska (Thorn)

vom 18. Februar 1903:

Aus der Tuchel'er Gegend

erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Auf die überaus scharfen Angriffe der Gazeta Grudziödzka gestatte ich mir folgendes zu antworten:

1. Mein Auftreten hatte von Anfang an und jetzt den einzigen Zweck, daß das unsrem jetzigen Abgeordneten Herrn Wolzlegier zugefügte Unrecht gutgemacht werde und daß man nach dem Wahlstatut für Westpreußen und Ermland verfare, welches im § 15 ausdrücklich vorschreibt, daß der bisherige Abgeordnete einzuladen sei, in der Wählerversammlung den parlamentarischen Rechenschaftsbericht zu erstatten. Bis jetzt bin ich nebst einem großen Teile der Wähler dieser Ansicht. Und das hat man in der Tuchel'er Versammlung nicht getan. Man hat mir das Stiften von Unfrieden zum Vorwurf gemacht, doch nicht der Stiften Unfrieden, welcher sich an das Gesetz und die Vorschriften hält, sondern der, welcher sie mit Füßen tritt und vergewaltigt.

2. In meiner in der Kirche erlassenen Einladung, den Protest zu unterschreiben, erblicke ich nichts so überaus Verkehrtes noch Schlimmes, denn ich habe niemanden bei Namen genannt. Herr Kulerski war früher in diesem Punkte anderer Ansicht, denn ich habe Bröpste zum Zeugen dafür, daß er an sie geschrieben hat, sie möchten seine Zeitung von der Kanzel herab empfehlen. Aber das war damals etwas anderes als jetzt.

3. Ehe das Zentral-Wahlkomitee Kandidaten für die Kreise nominiert, steht es meines Erachtens jedem Bürger frei, sich zu bemühen, daß ein entsprechender Kandidat aufgestellt werde, und niemand kann diese Freiheit einschränken. Wenn aber das Zentralkomitee über die Kandidaturen entschieden hat, dann gilt es, die von ihm Nominierten zu wählen und jeder Streit hat aufzuhören.

4. Auf die Schimpfworte, Ratschläge und Lehren der Gazeta Grudziadzka erwidere ich, daß ich 30 Jahre lang unter dem Volke arbeite und daß ich für das Volk arbeiten werde bis zu meinem Lebensende. Ich arbeite also etwas länger als die Gazeta Grudziadzka und nehme von ihr weder Lehren an, noch bedarf ich solcher.

Propst Peter Rozczynski.

Aus Nr. 22 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 19. Februar 1903:

Herr Propst Rozczynski

aus Liebenau verteidigt sich in der Gazeta Gdanska dahin, daß er einzig nur deshalb gegen den Beschluß der Tucheler Versammlung aufgetreten wäre, weil zu dieser Versammlung der Abgeordnete Herr v. Wolzlegier zur Berichterstattung nicht eingeladen war. Weiter erklärt er, daß er sich der Haderstiftung nicht schuldig gemacht habe, da es bis zur Bestätigung der Kandidaten durch das Zentralkomitee einem jeden frei stehe zu agitieren, für wen er wolle.

Demgegenüber erklären wir, daß Herr Propst Rozczynski an der Tucheler Versammlung teilgenommen hat und daher deren Beschlüsse umsomehr achten mußte.

Wenn Propst R. sich dagegen auf den Standpunkt stellt, daß es bis zur Delegiertenzusammenkunft einem jeden freie stehe, sich um einen geeigneten Kandidaten zu bemühen, dann befindet er sich in einem großen Irrtum. Wenn dies zugelassen werden sollte, dann wären ja die Kreisversammlungen vollständig überflüssig. Wer daher die in der Hauptversammlung seines Kreises gefaßten Beschlüsse bekämpft, der sät Unfrieden aus und macht sich der Haderstiftung schuldig, weil er seinen Willen der Mehrheit aufdrängen will. Wenn der Herr Propst Rozczynski weiter behauptet, er sei nur einzig deswegen gegen den Beschluß der Tucheler Versammlung aufgetreten, weil der Abgeordnete Herr von Wolzlegier zu dieser Versammlung nicht geladen war, so müssen wir ihm erklären, daß er dem Volke Sand in die Augen streuen will.

Denn die ganze Arbeit des Herrn Propstes Rozczynski zielt vor allen Dingen darauf hinaus, die rechtmäßig aufgestellte Kandidatur des Herrn Kulerski unzustossen.

Weiter sagt Herr Propst Rozczynski, er sähe nichts Unrechtes in seinem Auftreten in der Kirche, denn er habe ja niemanden beim Namen genannt. Darauf antworten wir, daß die Kirche als heiliger Ort nicht zum Ausäßen von Unfrieden unter den Gläubigen, sondern zur Verbreitung des Friedens und der Liebe bestimmt ist. Wenn wir auch glauben, daß der Herr Propst R. den Namen des Herrn Kulerski nicht genannt hat, so haben doch alle Zuhörer sofort gewußt, wem ihr Propst in der Kirche den Kampf ankündigte und sie mußten daran Anstoß nehmen.

Schließlich sagt Propst R., daß er schon 30 Jahre „für das Volk arbeite“ und eine Belehrung von der Gazeta Grudziadzka nicht annehme! — Die Gazeta Grudziadzka wollte am allerwenigsten Herrn Propst Rozczynski belehren, denn diese Mühe wäre anscheinend doch umsonst gewesen, sondern sie war gezwungen, sein Auftreten zu tadeln, damit es kein Ärgernis hervorriefe. Wenn der Herr Propst R. dagegen seine letzte Arbeit ebenfalls eine Arbeit „für das Volk“ nennt, so kann ihm das Volk für eine solche Arbeit nicht dankbar sein.

Hiermit schließen wir die Auseinandersetzung mit dem Herrn Propst Rozczynski.

Aus Nr. 22 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 19. Februar 1903:

Aus der Berent'er Gegend.

Der Herr Propst Wroblewski aus Adamowo (?) erhebt seine Stimme in der Gazeta Gdanska und erklärt, es wäre unwahr, daß er in der Versammlung zu Berent gegen „Emporkömmlinge“ und „Krämer“ aufgetreten wäre, denn er wünscht, daß wir soviel wie möglich Emporkömmlinge hätten.

Als wir jenen Artikel in der Nummer 18 unseres Blattes (Gesamtüberblick Nr. 7 Seite 109) schrieben, waren wir überzeugt, daß auch der Herr Propst Wroblewski von „Emporkömmlingen und Krämern“ gesprochen hätte. Trotzdem Herr Propst Wroblewski unser Gegner ist und uns garstig genug angegriffen hat, nehmen wir jetzt angesichts seiner Erklärung unsere Behauptung als einen unglücklichen Irrtum zurück und bitten den Herrn Propst Wroblewski wegen des ihm zugefügten Unrechts um Verzeihung. Wir erwarten jedoch, daß Herr Propst Wroblewski seinerseits den uns gemachten Vorwurf der „Lüge“ zurückzieht.

Aus Nr. 22 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 19. Februar 1903:

Noch kein Ende!

Wir hofften, daß diejenigen Herren, welche sich der Aufstellung des Herrn Kulerski als Abgeordneten-kandidaten in einem bestimmten Wahlkreise so widersetzen, nach der denkwürdigen Volksversammlung in Bruch sich schließlich beruhigen und mit dem Gedanken vertraut machen würden, daß die Zeiten schon vorüber seien, wo einige Personen darüber entschieden haben, wer als Abgeordneten-Kandidat aufgestellt werden solle.

Indessen erlangen wir die Überzeugung, daß einige Herren garnicht daran denken, mit der Hezerei gegen Herrn Kulerski aufzuhören.

Jedenfalls hat sie der Umstand ermutigt, daß sich in ihre Reihen, Gott sei es geklagt, einige Geistliche, wie die Herren Präpste Rozczynski und Cyra gestellt haben und daß außer der Gazeta Gdanska jetzt auch der Bielgrzym den Kampf gegen Herrn Kulerski aufgenommen hat.

Da es außer dem Bereiche der Möglichkeit liegt, auf ehrlichem Wege über Herrn Kulerski die Oberhand zu gewinnen, bedienen sie sich wiederum unwürdiger sowie unehrenhafter Mittel und Kunstkniffe. So hat einer dieser Herren dem Dziennik Poznanski eine Korrespondenz aus der „Kassubei“ zugesandt, in welcher er mitteilt, daß Herr Kulerski nach Auflösung der Versammlung die Herren vom Komitee beschuldigte, den Gendarmen ersucht zu haben, die Versammlung aufzulösen.

Es ereignete sich sogar, daß ein Herr drohte, lieber für einen Deutschen zu stimmen, als für Herrn Kulerski; auch ist bekannt, daß die Gegner des Herrn Kulerski vor fünf Jahren sogar unter denjenigen Deutschen gegen ihn agitierten welche bereit gewesen wären, für einen polnischen Kandidaten zu stimmen. Mit einem Worte, die Gegner des Herrn Kulerski griffen oft zu verschiedenen verdammungswürdigen Kunstkniffen, um ihm den Einzug in den Reichstag zu vereiteln, aber trotzdem schecken wir vor der Annahme zurück, daß die Brucher Versammlung infolge Aufforderung jener Herren aufgelöst worden wäre.

Ebenso ist das aus der „Kassubei“ dem Dziennik Mitgeteilte eine niederträchtige Lüge.

Daß jene Herren, welche in so erbitterter Weise Herrn Kulerski bekämpfen, sogar nach der Brußer Versammlung nichts gelernt haben, ist dadurch bewiesen, daß jener Korrespondent aus der „Kassubei“, welcher anscheinend den Nachweis führen will, als ständen hinter Herrn Kulerski nur wenige, ausdrücklich schreibt, daß nur die arbeitenden Klassen für die Abgeordneten-kandidatur des Herrn Kulerski seien, während der Rest gegen seine Kandidatur sei. Wer ähnliche Sachen liest, der muß annehmen, daß dies jemand geschrieben habe, welcher 200 Jahre fest geschlafen hat und nach dem Erwachen alles nach den vor 200 Jahren gemachten Beobachtungen beurteilt.

Ja, vor 200 Jahren war das arbeitende Volk noch eine Null und die Stimme des Arbeiters hatte nichts zu bedeuten. Vor 200 Jahren konnte eine Handvoll Widerspenstiger jede nationale Arbeit und die Ausführung aller Beschlüsse verhindern, aber heute haben, ob Herr oder Arbeiter gleiche Rechte sowie gleiche Pflichten, und die Stimme des Herrn gilt nur ebensoviel als wie die Stimme des armen Arbeiters. Was dagegen die Mehrheit beschließt, muß geschehen, und derjenige, welchem der Beschluß der Mehrheit nicht gefällt, muß, wenn er weiterhin als wirklicher Pole betrachtet werden will, sich diesem Beschlusse unterwerfen und vor allen Dingen schweigen.

Wenn also, wie jener Herr aus der Kassubei schreibt, nur das arbeitende Volk allein für Herrn Kulerski ist (was übrigens nicht wahr ist, denn mit Ausnahme einiger Herren und Herrchen sind alle Polen im Koniger Kreise für Herrn Kulerski), so genügt das doch vollkommen, denn ein jeder weiß, daß das Arbeiter-volk die übergroße Mehrheit bildet. Wenn also nur die arbeitenden Klassen allein auf Seite des Herrn Kulerski ständen und ihn zum Abgeordneten haben wollten, so müßte die Kandidatur des Herrn Kulerski aufgestellt werden, wenn auch die Herren mit den Zähnen knirschen.

Von Interesse ist auch, was der Korrespondent aus der Kassubei über einige Mitglieder des Koniger Kreiskomitees schreibt. Er schreibt, daß diese Herren der Überzeugung Ausdruck gegeben hätten, das Komitee müßte eine Wahlvorversammlung überhaupt nicht einberufen, denn die Herren würden in dieser Versammlung sowie so nicht zum Worte kommen und eine neue Versammlung würde die Entzweiung zwischen den Herren sowie Herrchen und dem Arbeitervolke nur vergrößern.

Nach der Ansicht jenes Korrespondenten sind also einige Herren vom Komitee bereit, ihre Pflichten und unsre Wahlvorschriften geradezu mit den Füßen zu treten, um nur Herrn Kulerski zur Abgeordneten-kandidatur nicht zuzulassen. Sollten sie denn wirklich zu etwas ähnlichem fähig sein? Wir wollen diese Ansicht nicht teilen.

Nur eins wollen wir jenen Herren und Herrchen sagen, welche sich noch nicht beruhigen können.

Höret endlich mit der Heberei auf, ihr Herren, und betrachtet das Volk nicht als Wahlvieh, welches sich eurer Stimme fügen muß, denn die polnische Bevölkerung im Koniger Kreise ist schon soweit auf-geklärt, daß sie mit sich nicht spielen läßt. Höret endlich auf, denn wir brauchen Ruhe und Frieden.

Aus Nr. 44 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 24. Februar 1903:

Die Wahlen in der Kassubei.

Wir erhalten nachstehende Erklärung:

Lusin, 17. Februar.

In Nr. 12 der Gazeta Gdanska haben wir gelesen, wie ein Korrespondent vorschlägt, daß der Wahlkreis Neustadt-Puzig-Karthaus Volksversammlungen nicht veranstalten solle, sondern daß man sich nur durch die Zeitungen hinsichtlich der Kandidaten verständigen möge. Es ist das eine Darstellung, die alle Wähler dieses Wahlkreises in höchstem Grade beleidigt, als ob wir Kaschuben nicht fähig wären, im ganzen Kreise auch nur eine Volksversammlung zu veranstalten und als Bürger in ihr zu ratschlagen.

Aus diesem Grunde fordern wir Wähler des Kreises Neustadt hiermit unsere Wahlbehörden auf, ihre Pflicht zu tun, welche sie auf sich genommen haben, und dafür zu sorgen, daß in kürzester Zeit eine Volksversammlung veranstaltet werde. Bei dieser Gelegenheit erklären wir, daß wir in erster Linie zu dem Herrn Abgeordneten v. Czarlinski aus Thorn Vertrauen haben. Ihn wünschen wir auch als Kandidaten an erster Stelle, an zweiter Stelle aber wünschen wir einen Mann, der Herrn v. Czarlinski ähnlich wäre.

J. Czechowski-Lusin, Pfarrer Drawe-Czenstkowo, E. Dkroy-Lusin, A. Grzenkiewicz-Poblocie, J. Tzklaff-Robakowo, J. Grzenkowi-Poblocie, J. Miotk-Lewinek, J. Baranowski-Melwin, J. Kobiela-Lewinek, J. Majewski-Czenstkowo, J. Olzewski-Lewinek, Anton Miotk-Lewinek, Augustin Miotk-Lewinek, Michael Rzepa-Poblocie, Josef Rzet-Poblocie, Peter Lademann-Poblocie, Josef Labuda-Poblocie, Adam Formela-Poblocie, Leon Sikora-Poblocie.

Aus Nr. 23 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 21. Februar 1903:

Kielno.

Seit zwei Jahren besteht in unserem Dörfchen ein Kriegerverein, dem auch leider viele Polen angehören. Einmal besuchte ich diesen Verein und gewahrte dajelbst eine große Unart, welche der Vorsitzende den polnisch sprechenden Mitgliedern gegenüber beging. Er sagte: „Hier wird nur deutsch gesprochen!“ Oho! dachte ich, hier gehörst du nicht her.

Weil aber jener Verein bald darauf eine Theater-vorstellung gab, so besuchte ich manchmal aus purer Neugierde die Proben. Ach, was habe ich da alles hören müssen! Das Theaterstück gehörte zu denjenigen Stücken, in denen alles lächerlich gemacht wird, was polnisch ist. Und wer waren die handelnden Personen? Katholische Polen, bei denen es der Mangel an Aufklärung verschuldet hat, daß sie die Schande, welche sie betroffen, nicht empfunden haben. Nun, gegenwärtig haben wir unseren eigenen Volksverein, der nach halbjährigem Bestehen 129 Mitglieder zählt. Es kommen ihrer immer mehr hinzu, denn es ist uns an-genehm, da zu sein, wo polnisch gesprochen wird, wo alles in Ruhe und in Gottesfurcht von statten geht. Wir haben uns auf die Theatervorstellung gefreut, doch ist sie leider verboten worden. Aber was ist außerdem noch passiert! Wenn ich mich auch schäme, darüber zu berichten, so tue ich es trotzdem, damit unsre Brüder erfahren, welche eine ungeheure Ver-wirrung der Köpfe bei uns vorkommt. Zwei Lands-

leute haben nämlich unsern Verein beim Amtmann und Gendarmen denunziert, daß wir einen Aufstand vorbereiteten.

Die Wächter der Sicherheit erschienen zu den Proben, sie gingen jedoch wieder beruhigt und verwundert von dannen, daß so etwas in anscheinend vernünftigen Köpfen vor sich gehen konnte.

Ich schließe mit der Bitte an alle Landsleute, daß sie aufhörten, sich an dem Kriegervereine zu beteiligen, denn diese paar Schüsse, die man an ihrem Beerdigungstage abfeuert, sind noch kein Grund, um die Nationalität und Religion, die teuersten Schätze des Menschen hintanzusetzen. Treten wir scharenweise dem Volksverein bei!

Aus Nr. 23 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 21. Februar 1903:

Neustadt.

Hierelbst könnten ein polnischer Glaser und Sattler ihr Brot finden; für einen Polen bietet sich auch Gelegenheit ein Hotel zu kaufen.

Aus Nr. 1 (Januar) des Sokół (Posen) von 1903:

Kulmsee.

Mit dem neuen Jahre eröffnen wir hier eine Frauenabteilung; der Vorstand läßt es sich angelegen sein, die bekannte einheitliche Frauenturnkleidung einzuführen, damit im Falle eines allgemeinen Turnfestes Änderungen und Kosten vermieden werden. Gruß!

L. Malaszkowski,

Schriftführer des IV. Gaus.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 41 des Górnosłazak (Katowitz)

vom 20. Februar 1903:

Sei gegrüßt.

Ein neuer Kämpfer für die nationale Sache, ein neuer Verteidiger des polnischen Volkes ist erschienen: Głos Śląski (die schlesische Stimme), und zwar wird das Blatt vom 1. März ab in Gleiwitz unter der Redaktion des Herrn Josef Siemianowski herausgegeben, der die Reihen des Katolik verlassen hat, da er dort den Herren und Deutschen sich nicht mehr dienstbar machen wollte. Dieses Blatt begrüßen wir als unseren Bundesgenossen und wünschen ihm eine liebevolle Aufnahme bei dem polnischen Volke in Schlesien. Der Głos verspricht in seiner Probenummer, daß er die nationalen und wirtschaftlichen Angelegenheiten verteidigen und daß er sich unter die Herrschaft des polnischen Wahlvereins für Schlesien begeben werde, welche das Volk in den Volksversammlungen anerkannt habe. **Der Głos wird für die nationale Selbständigkeit des polnischen Volkes in Schlesien kämpfen;** er verspricht, daß er alle Kräfte daran setzen wird, damit das polnische Volk das schwere Zentrumsjoch abwirft, mit dem es durch die Deutschkatholiken in Verbindung mit dem Katolik bedrückt wird.

Von ganzem Herzen können wir den Bestrebungen des Głos unseren Beifall bezeugen und rufen ihm zu: Gruß Gott!

Aus Nr. 39 des Górnosłazak (Katowitz)

vom 18. Februar 1903:

Einer der schätzbarsten und selten vorkommenden unserer polnischen Geistlichen schreibt uns in der Angelegenheit der Kandidatur des Geistlichen Kapica:

Liebe Freunde!

Dem Vernehmen nach ist der Geistliche Kapica aus Tychow als Zentrums-Kandidat aufgestellt worden. Im Falle der Annahme der Kandidatur seinerseits wird es gut sein, ihm in Erinnerung zu bringen, was er in Berlin, als er die Propstei in Tychow übernehmen sollte, dem Herrn Kardinal auf Handschlag versprochen hat, — es geschah dies in dem Hotel, in dem der Herr Kardinal in der Regel absteigt — nämlich, daß er sich an der großpolnischen Agitation nicht beteiligen und sie nicht unterstützen wird. Hier von hat er mir selbst erzählt. Sonach mag der Geistliche Kapica der Kämpfer für die Mäßigkeitsidee bleiben und in dem Kampfe weiterhin die Geistlichen anderer Pfarochien, die in dieser Angelegenheit nichts tun wollen oder nichts tun können, von ihrer Verpflichtung befreien; aber mag er sich nicht nach dem Parlament begeben und auf die Kandidatur verzichten.

Es grüßt Geistlicher

Selbstredend lassen wir den Namen des Geistlichen fort, der unter der Regierung des Bischofs lebt, der den Geistlichen schon deshalb Strafbußen auferlegt, wenn sie polnischen Kirchengesang pfeifen.

Was heute großpolnische Agitation bedeutet, weiß jeder, der Zeitung liest. Wer heute polnisch spricht, wer die Rechte des Volkes verteidigt, wer sich erdreistet, dem Hafatismus zu widersprechen, der ist schon großpolnischer Agitator. Der Geistliche Kapica hat im vergangenen Jahre sogar in der hafatistischen Katowitzer Zeitung erklärt, daß er kein Pole sei, falls jemand behaupten sollte, daß er irgend welche polnische Bestrebungen habe.

Wie kann der Geistliche Kapica das polnische Volk verteidigen?

Wenn er sich in der Verteidigung unserer Angelegenheit bemerkbar machen sollte, sofort würde ihn der Herr Kardinal an sein Versprechen erinnern, daß er großpolnische Agitation nicht treiben werde.

Jeder, der heute das polnische Volk verteidigt, und seiner Sache dienen will, muß großpolnischer Agitator sein. Der Geistliche Kapica hat beschworen, daß er es nicht sei und nicht sein werde. Deshalb kann er auch unser Abgeordneter nicht werden.

So sehen die Kandidaten des Herrn Napieralski aus, diejenigen, von denen er schreibt, daß sie gleichen Glaubens und gleicher Nationalität seien. So sehen die nationalen Vorteile aus, die der Herr Napieralski mit seinem demütigen Schöntun dem Zentrum gegenüber für das polnische Volk erreicht hat. Der einzige Abgeordnete des polnischen Volkes im Bezirke Beuthen-Tarnowitz ist der Herr Dr. Stenslicki.

Aus Nr. 39 des Górnosłazak (Katowitz)

vom 18. Februar 1903:

Zahlensee.

Ich kann mich über unsre Leute, die den Kriegervereinen angehören, nicht genügend wundern, weil sie das deutsche Vaterland so unermesslich vergöttern und öfters schreien: „Deutschland, Deutschland über alles!“ Wenn Deutschland in Wirklichkeit ein solches Himmelreich sein sollte, brauchten wir nicht solche Not zu leiden.

Ich sage so: Wir Polen können von unserm Vaterland mit Richtigkeit sagen: Polen, Polen über alles! Die Deutschen entziehen doch unsrer Erde die Millionen-schätze, sie bereichern sich an unsrer Erde und von unsrer Arbeitskraft. Und weiter: Wandert doch unser Volk in Massen täglich und hauptsächlich aus dem Industriebezirk über die Grenze nach Polen, um dort Lebensmittel einzukaufen. Wer also hat Recht, wir Polen oder die Deutschen? Diese Worte mögen ein Beispiel zur Beleuchtung der Wahrheit sein.

Polski Ruba (Pseudonym).

Aus Nr. 23 des Katolik (Beuthen D.=S.)

vom 21. Februar 1903:

Siemianowice.

Die hiesige Volksbank (Bank ludowy) veranstaltete die diesjährige General-Versammlung am 28. Januar cr. unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des Aufsichtsrates Herrn M. Dembinski. Schriftführer war Herr Peter Kolodziej. Das Mitglied des Vorstandes Herr Machalas die Bilanz vor, erläuterte sie und wies nach, daß der Reingewinn für 1902 7 172 Mark beträgt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates gab den Rechenschaftsbericht und berichtete über die Tätigkeit der Revisionskommission, die regelmäßig, häufig und eingehend alle Angelegenheiten der Bank kontrollierte.

Es wurde beschlossen, den Mitgliedern von ihren Anteilen eine Dividende von 7 Prozent zu zahlen; von dem Rest des Reingewinnes wurden 1 703,70 Mark dem Reservefonds überwiesen, der Spezialreserve wurden 4 000 Mark zugeschrieben.

Die Versammelten erteilten dem Vorstände und dem Aufsichtsrate Entlastung und erklärten mit Befriedigung, daß die Bank sich günstig entwickelt habe.

In den Aufsichtsrat wurden für die Dauer von 3 Jahren die Herren gewählt: Hausbesitzer Adalbert Dembinski, Wirt Ludwig Wanota, Baumeister Robert Pietruczke; auf die Dauer von zwei Jahren: der emeritierte Bergbeamte und Hausbesitzer Josef Witka aus Siemianowice und Franz Szepe, Hausbesitzer in Bytkowo. Die Generalversammlung beschloß einstimmig den Beitritt der Volksbank als Mitglied zu der Volksbank in Beuthen.

Die Volksbank in Siemianowice ist aus kleinen Anfängen zu einem bedeutenden Kreditinstitut herangewachsen und hat das Vertrauen des Volkes. Am besten ist dies aus den eingelegten Spargeldern zu erschen. Bis zum Schluß des Jahres 1902 waren 825 052 Mark untergebracht, das ist eine sehr große Summe. Die Bank hat an Mitglieder 913 249 Mark geliehen, also beinahe eine Million Mark. Der Reservefonds besitzt mit der diesjährigen Zuzufuhr über 18 000 Mark, der Anteilfonds über 30 000 Mark. Die Zahl der Mitglieder beträgt 231, die der DepONENTEN, also derjenigen die Spargelder einlegen 477. Der Katolik freut sich über diese günstige Entwicklung der Bank und wünscht ihr fernerhin gutes Bestehen. Grüß Gott!

Aus Nr. 40 des Dziennik Śląski (Beuthen D.=S.)

vom 19. Februar 1903:

Beuthen.

Am vergangenen Sonnabend fand hier die Generalversammlung der Parzellierungs-Genossenschaft statt. Nach dem Geschäftsbericht und der Bilanz gestaltete sich der Geschäftsgang der Genossenschaft im vergangenen Jahre u. a. wie folgt:

Die Genossenschaft hat für 261 084,24 Mark Grundstücke gekauft und für 31 185,00 Mark verkauft;

der Gewinn der Parzellierung betrug nach dem Bestände am Schluß des vergangenen Jahres 10 472,10 Mk.; an die Genossenschafter wurden auf Hypotheken 41 500,00 Mk., auf Wechsel 5 160,00 Mk. verliehen; an Depositen und Spargeldern wurden in der Kasse der Genossenschaft 212 078,52 Mk. niedergelegt; hiervon wurden im Laufe des Jahres 25 586,07 Mk. ausbezahlt, sodaß am Schluß des Jahres die Höhe der Depositen 186 491,45 Mark betrug; an Anteilen wurden von Mitgliedern 5 867,80 Mk. eingezahlt; das Konto der Schuldner der Genossenschaft betrug Ende Dezember 60 627,23 Mk. Der Reingewinn, der nach Abzug aller Kosten und Verluste laut Bilanz zur Verteilung kam, betrug 6 627,23 Mark.

Die Parzellierungsbank befaß am Schluß des Jahres an Immobilien: in Mikulczyce, in Dzierżno, in Toboli bei Brzezinka bei Myslowitz, in Bielnowice und Groß-Paolizany bei Pyskowice. Die letzte Besetzung ist gegen 800 Morgen groß und hat Gebäude und sämtliches lebendes und totes Inventar.

Wie aus dem Vorstehenden hervorgeht, bringt die Genossenschaft ihr Kapital hauptsächlich in Landbesitz unter. Sie kauft Grundstücke gegen Barbezahlung und verkauft sie mit geringem Aufschlag gegen längere Abzahlung. Die Bedingungen zum Kauf von Parzellen sind bei der Genossenschaft vorteilhaftere als anderswo. Wer sich daher für erspartes Geld ankaufen will, hat die beste Gelegenheit von der Genossenschaft zu kaufen.

Die Parzellierungs-Genossenschaft ist eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, weil das Mitglied nicht mit seinem ganzen Vermögen haftet, sondern nur mit einem bestimmten Betrage für jeden Anteilschein.

Der Anteilschein der Parzellierungs-Genossenschaft in Beuthen lautet auf 50 Mk. und die Haftpflicht für jeden Anteil beträgt 200 Mk., die Einschreibgebühr beträgt 5 Mk. Das der Genossenschaft beitretende Mitglied, das sich nur mit einem Anteil beteiligt, zahlt mindestens 20 Mk. an und 5 Mk. Einschreibgebühr; den Rest mit 30 Mk. bezahlt es in vierteljährlichen Raten von 5 Mk. Ein zweiter Anteilschein kann nicht früher gefordert werden bis der erste bezahlt ist. Ein Mitglied, das mehrere Anteilscheine nimmt, muß die ersten bezahlen und kann nur den einen letzten ratenweise abzahlen. Ein Mitglied darf höchstens 50 Anteile besitzen.

Von den eingezahlten Anteilen erhalten die Mitglieder der Genossenschaft aus dem jährlichen Reingewinn eine Dividende von 4%, von dem darauf verbleibenden Reingewinn eine entsprechende Superdividende (§ 27 der Statuten der Genossenschaft).

Nach dem Beschluß der letzten Generalversammlung darf die Superdividende höchstens 15 Prozent betragen, der höhere Betrag wird der Spezial-Reserve zugeschrieben.

Die am Eingang gebrachten Ziffern beweisen, daß die Genossenschaft nach kaum zweieinhalbjährigem Bestehen sich sicher und umsichtig entwickelt. Wir wünschen ihr auch fernerhin die allerbeste Entwicklung.

--- Redaktion.

Aus Nr. 1 (Januar) des Sokół (Posen)

von 1903:

Rattowik.

Der Verein Königshütte hat ein geräumiges Lokal (Werkstatt) gemietet und seine Turnübungen in vollem Umfange wieder aufgenommen. Unser Verein wird dem Beispiele des Königshütter Vereins unverzüglich folgen.

Aus Nr. 1 (Januar) des Sokół (Posen)
von 1903:

Beuthen.

Am Sonntag, den 4. Januar hielt unser Verein seine Generalversammlung ab, in welcher ein neuer Vorstand gewählt wurde.

Aus Nr. 40 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 19. Februar 1903:

Zabrze.

Geehrte Redaktion! Ich bin gezwungen der Redaktion einige Worte mitzuteilen. Am 15. d. Mts. kam der Kriminalbeamte Herr Niemczyk nach der Donnersmarkhütte in die Kanzlei des Meisters Kowalski und ließ mich rufen. Er fragte mich: „Gehören Sie dem polnischen Wahlverein für Schlesien an und sind Sie als Mitglied eingeschrieben?“ — „Ja!“ — „Woher wissen Sie von einem solchen Verein?“ — „Ich lese doch den Gornosłazak?“ — „Aha! Und warum lesen Sie nicht den Katolik?“ — „Ich lese ihn doch schon seit 14 Jahren!“ — „Da werfen Sie den Gornosłazak fort!“ — „Eher werde ich den Katolik fortwerfen, ehe ich eine Zeitung fortwerfe, wie der Gornosłazak es ist, die unsere nationalen und wirtschaftlichen Angelegenheiten verteidigt und uns nicht wie der Katolik die Augen einseift, daß man kaum hinaussehen kann.“ — „Nun, ist gut, Sie werden aus der Arbeit entlassen werden, wenn Sie nicht aus dem polnischen Wahlverein für Schlesien ausscheiden. Ich bin vom Landrat hierher gesandt und wenn Sie meiner Forderung in einigen Tagen nicht nachkommen, so werden Sie sich vor dem Direktor dieser Firma stellen müssen.“

So bekämpft die Polizei den Gornosłazak. Sie geht auch bei den Agenten umher und fragt diese, wieviel Abonnenten sie haben. (Die Herren Agenten bitten wir, den Polizeibeamten das Loch zu zeigen, das der Maurer in der Wand gelassen hat, falls sie noch einmal kommen und sich nach der Zahl und den Namen der Abonnenten erkundigen.)

Als ich nach jener Auseinandersetzung zu meiner Arbeit zurückkehrte, hat mich jeder meiner Kameraden gefragt: „Was hast Du mit diesem Niemczyk gehabt?“ — „Er sagte mir, wer im polnischen Wahlverein ist, der wird aus der Arbeit entlassen, wer den Gornosłazak liest, den trifft dasselbe Los, denn wir sollen den Katolik lesen. So befiehlt uns die Polizei.“

Unter meinen Kameraden entstand große Entrüstung und ich mußte wirklich lachen, als sie sagten: „Also da habt ihr den Katolik. Früher haben die Geistlichen nicht gestattet ihn zu lesen, jetzt befiehlt die Polizei ihn zu abonnieren, da er mit den Beamten und Brotgebern Hand in Hand geht.“

Ich habe mich und auch andere von der Güte des Katolik überzeugt, und nun befiehlt uns der Kriminalpolizeibeamte den Katolik zu abonnieren. Wir werden den Rat des Zentrumsmanne in Beuthen nicht befolgen und nicht für seinen Krolif stimmen, unser Kandidat ist der Herr Korsanty, der von der Polizei nicht empfohlen aber auf jeden Schritt verfolgt wird. Es lebe unser zukünftiger Abgeordneter Herr Korsanty.

Ein Leidender.

Aus Nr. 40 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 19. Februar 1903:

Chropaczow.

In unseren Zeitungen liest man sehr wenig von unserer Gwidotshütte. Die Arbeiter, Brüder aus anderen Gegenden Oberschlesiens könnten denken, daß es uns hier wie im Himmel geht, obgleich wir hier die tatsächliche Hölle haben. Mit uns Arbeitern geht man hier um, als ob wir nicht Menschen nach Gottes Ebenbild geschaffen wären.

Anstatt die Arbeiter wegen ihrer schweren Arbeit, womit sich die Herren bereichern, zu schätzen, so ist für uns nur eine Tafel zum Notieren der Strafen und Stockschläge vorhanden. Ich zweifle, daß man die Arbeiter wo anders ebenso behandelt wie bei uns. Im vergangenen Jahre, im Dezember, kam z. B. der Meister Patyschek in den Nachtdienst und warf sich auf einen Arbeiter. Er drückte den Armen an der Kehle und drohte ihm, daß er ihn in den Ofen, in das sogenannte Schürloch, werfen werde.

Nachdem er sich an ihm sein Mütchen gekühlt hatte, sagte Patyschek, der Arbeiter sei betrunken und sandte ihn nach Hause. Jener Arbeiter war nicht betrunken, sondern von Kohlen- und Schwefelgas vergiftet, wie dies der Arzt, der noch an demselben Abend zu dem kranken Kameraden gerufen wurde, festgestellt hat. Der Arme geht bis heute, mit Ausnahme einiger Tage, nicht zur Arbeit. Es ist kein Wunder, daß sich die Leute vergiften, wenn sie 12 Stunden und im Falle der Doppelschicht 24 Stunden in diesem Gestank arbeiten müssen.

Am Sonnabend, den 14. d. Mts., warf sich wiederum der Herr Meister Morawski auf einen Kameraden und schlug ihn sehr. Die Kameraden des gemißhandelten Bruders haben ihn erst von dem wütenden Meister befreit. Morawski gestattet sich häufig einen solchen Zeitvertreib.

Als die Angelegenheit vor den Direktor kam, sagte das Meisterchen, daß jener Kamerad dem Geschlagenen geholfen habe. Er schob die Schuld auf die Beiden und es wurde der Kamerad, der dem gemißhandelten Kameraden geholfen hat, aus der Arbeit entlassen.

Wenn die Arbeiter sich einmal zanken oder herumstoßen, so werden sie gleich hinter das Drahtgitter gehangen und wegen Prügelei bestraft. Warum hängen dort hinter jenem Draht keine Meister, die die Arbeiter so brutal mißhandeln. Schließlich kann man die Meister nicht vor Gericht laden, weil sie gleich drohen, daß sie die Papiere herausgeben.

Es herrschen hier bei uns russische Zustände. Wo sind hier bei uns unsre bürgerlichen und Volksrechte. Zu wem sollen wir uns mit unsrer Klage begeben? Vielleicht zum Abgeordneten Stephan, der Generaldirektor des Grafen Schaffgotsch ist und bei dem die Leute auch klagen und streifen.

Es ist schließlich Zeit, daß wir einen eigenen Kandidaten wählen, der mit dem Volke geht und den Herren tüchtig den Kopf wäscht. Ein solcher Abgeordneter wird der Herr Dr. Stenslicki sein, der durch die Volksversammlungen und seine Anhänglichkeit an die Angelegenheiten des Volkes bekannt ist. Ihm geben wir unsre Stimme, weil er uns vom polnischen Wahlverein empfohlen worden ist. Ihm vertrauen wir, denn er wird uns nicht freßbegierige Dreckmäuler schimpfen, wie dies der Kandidat der Katholiken, Geistliche Kapica hier in einer Predigt getan hat.

Wir hätten nichts dagegen, wenn er die Brüder, die Gewohnheitsrinker sind, heruntermache; aber er hat kein Recht, uns Dreckmäuler zu nennen. Unser

Stand der Hüttenarbeiter ist ebenso schätzenswert wie jeder andere. Wir werden ihm keine Stimme geben. Unser Abgeordneter wird Herr Dr. Steniski sein.
Marek aus China.

Aus Nr. 42 des Dziennik Śląski (Weuthen D.-S.)
vom 21. Februar 1903:

Lubliniz.

In Ludwigsthal werden mehr wie 50 katholische und nur ein Duzend evangelische Kinder von einem evangelischen Lehrer unterrichtet, und weil er erkrankt ist, unterrichtet sie gegenwärtig ein evangelischer Pastor. Ist das nicht zum entrüsten?

In solche Verhältnisse sind wir unter den preussischen Behörden gelangt. Würde die Regierung darein willigen, wenn ein katholischer Geistlicher evangelische Kinder unterrichten würde?

Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 40 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 19. Februar 1903:

Die polnische Fraktion und die Stellungnahme der Polen in Westfalen bei den künftigen Wahlen.

Die Aktualität unserer Angelegenheiten, der der polnischen Kolonien, gewinnt im deutschen Kaiserreiche mit jedem Tage an Bedeutung und bringt mit derselben immer größere Schwierigkeiten.

Über die große Berliner Kolonie sind seit Monaten und Wochen die Spalten der polnischen Presse gefüllt, überall wird davon in den Versammlungen gesprochen und trotzdem ist, wie es scheint, der gordische Knoten, den das Anwachsen und die ungewöhnlichen Verhältnisse der polnischen Kolonie in Berlin geknüpft haben, bisher noch nicht endgültig gelöst worden.

Zu derselben Zeit wird ein neuer Knoten im westlichen Teile Deutschlands geschürzt, da, wo inmitten des Widerhalls der Hammerschläge und im Rauche Tausender von Schloten, auf einem verhältnismäßig kleinen Raum zusammengebrängt, Tausende von Polen ihren Lebensunterhalt erwerben. Aber weder dieser Zweck noch die Entfernung von der Heimat haben in ihnen das nationale Empfinden, oder die Anhänglichkeit an die väterliche Scholle, die — gern oder ungern — ihnen die Erlaubnis gab, des Erwerbs wegen in die Welt auszuwandern, erstickt.

Lob und Ehre sei ihnen dafür, daß sie bemüht sind, das polnische Merkzeichen in ungetrübter Form für sich und ihre Familien zu erhalten.

Wohl bekannt sind die Kämpfe der Polen im Rheinlande und in Westfalen um die Muttersprache in der Kirche, in Vereinen, in Versammlungen und auf den Standesämtern.

Bekannt ist auch die Erbitterung, welche die dortigen polnischen Kolonien gegen das Zentrum ergriffen und welche zur Folge hatte, daß schon im vorigen Jahre bei den Ergänzungswahlen in einem gewissen westfälischen Kreise, der bisher im Besitze des Zentrums war, eine eigene polnische Kandidatur bekannt gegeben wurde.

Es scheint, daß seit jener Zeit die betreffenden Verhältnisse keine Schlichtung erfahren haben — welcher Umstand angesichts der sich nähernden neuen Wahlen nicht wenig an Bedeutung gewinnt.

Die Verwirrung, welche daraus hervorgeht oder doch hervorgehen kann, verdient in nähere Erwägung gezogen zu werden.

Es empfinden dies unsere Landsleute der westfälischen und rheinländischen Kolonien selbst. — In diesen Tagen kam aus jener Gegend ein Abgesandter mit einem vertraulichen Auftrage nach Berlin zu den polnischen Abgeordneten.

Er äußerte den Wunsch, es möge der eine oder der andere Abgeordnete das rheinisch-westfälische Gebiet bereisen und den dortigen Polen mit Rat beistehen, wie sie sich bei den nächsten Wahlen gegenüber dem Zentrum zu verhalten hätten. Der Gedanke des vertraulichen Abgesandten wurde im Prinzip von der polnischen Fraktion, welche Gelegenheit hatte, die ausführlichen Erörterungen des genannten Sendboten anzuhören, beifällig aufgenommen.

Die Fraktion ist sogar noch weiter gegangen, als es der dem Abgesandten gegebene Auftrag erheischte. Sie beschloß, die Angelegenheit amtlich zu behandeln und gab nach dieser Richtung hin dem Abgesandten zu verstehen, daß ihr ein privater Auftrag an einzelne Abgeordnete nicht genüge, daß sie dagegen amtlich bereit sei, in der westfälisch-rheinländischen Angelegenheit entsprechende Beschlüsse zu fassen, falls von kompetenter Seite an die Fraktion ein bezügliches Gesuch eingereicht werde.

Mit dieser vertraulichen Antwort kehrte der Abgesandte in das Land der Eisenhämmer und Schlotte zurück.

Für die Fraktion tritt ein wichtiger Augenblick ein, sobald aus jenem Lande die offizielle Aufforderung an die Fraktion erfolgt. Es wird dann eine ganze Reihe von Fragen auftauchen, die einer klugen Lösung bedürfen.

Wird denn die Fraktion einverstanden sein mit dem offiziellen Sicheinmischen in jene Angelegenheiten? Und wenn sie damit einverstanden ist, in welchem Geiste wird sie alsdann ihren Abgeordneten zu wirken empfehlen?

Es empfindet wohl jeder, daß die obige Frage eine Aufgabe von großer Tragweite in sich birgt.

Bei ihrer Lösung werden sich gar weitreichende Sachen abspielen.

Es wird sich um eine neue Phase in der Tätigkeit der Fraktion, um das Verhältnis der Fraktion zu den westfälischen Kolonien, um die nationale Entwicklung dieser Kolonien selbst und schließlich um das Verhältnis der Fraktion zum Zentrum handeln.

Es sind das wichtige und vielleicht ein wenig verwickelte Fragen, aber jeder wird zugeben, daß sie wert sind, daß die Fraktion Schritte zu tiefer Überlegung und politischer Besonnenheit unternimmt.

Solches ist zu wünschen, indessen muß abgewartet werden, ob und wann der Ruf von Westen her ertönen wird.

Aus Nr. 35 des Kuryer Poznański (Posen)

vom 17. Februar 1903:

Die Polen und das rheinische Zentrum.

Manchmal haben wir über die unbestreitbaren Erscheinungen der Lockerung der einstigen Waffenbrüderlichkeit nachgedacht, welche uns katholische Polen so eng mit der für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit kämpfenden deutschkatholischen Partei verband. Und stets klang durch die einschlägigen Erörterungen hin-

durch, daß der westliche Flügel des Zentrums im Schoße der Partei nicht mehr die gleiche maßgebende Stellung einnimmt, wie früher. Grade darin erblicken wir oft eine der Hauptursachen der Erkaltung des Verhältnisses zwischen uns und dem Zentrum. Und nicht nur wir, sondern fast unsere gesamte Presse, alle Stimmen in unserer Publizistik, sowohl in Westfalen, als auch in Galizien und im Königreich stellten fest und sie tun dies bis heute, daß der rheinisch-westfälische Teil des Zentrums am lebhaftesten und am wärmsten die edlen Traditionen der Windthorst und Schorlemer aufbewahrt hat, daß er unerschütterlich und unwandelbar uns gegenüber auf dem Standpunkt der christlichen Ethik steht, ungeachtet dessen, daß die Wellen des nationalen Chauvinismus unter den Deutschen sich immer bedrohlicher aufstürmen, ungeachtet des immer ärgeren Drängens von Seiten der Regierung.

Und andererseits mehrten sich und wuchsen noch unausgesetzt die wütenden Angriffe der jüdisch-lutherischen Presse gegen die ehrenwerten Rheinländer wegen ihrer gerechten Haltung uns gegenüber. Es vergeht fast kein Tag, an welchem in dieser Reptilienpresse nicht ein Artikel erschiene, welcher die rheinischen Katholiken des Verrats der deutschen Nationalität, der Freundschaft gegenüber den aufrührerischen Polen beschuldigt.

Wir lasen wahrhafte Verzweiflungsschreie, welche behaupteten, daß man mit den Polen ganz anders fertig werden könnte, wenn die rheinischen Katholiken nicht wären, daß immer und unausgesetzt das Organ der Barmen und dessen politische Kreise das größte Hindernis für die Abwendung der Zentrumsleute von uns bildeten.

Wir lasen die Ausführungen unserer Feinde, und in unseren Herzen wuchs die Dankbarkeit und die Verehrung für diese Leute, welche, ohne auf die in Deutschland populärsten Strömungen zu achten, dreist den Weg der Gerechtigkeit gehen.

Und jetzt öffnet sich vor uns ein Feld, um zu zeigen, wie wir nicht nur mit Worten sondern auch mit der Tat festzustellen verstehen, daß die Polen Freundschaft mit Freundschaft zu lohnen wissen, daß wir denen, welche im Ungemach die Hände nach jenen ausgestreckt haben, an Gerechtigkeitsgefühl gleichkommen, daß wir gleich ihnen uns auf den Standpunkt der politischen Ethik stellen, welcher für uns mit politischer Klugheit synonym ist.

In einigen Monaten werden die Reichstagswahlen stattfinden. Grade in den Wahlkreisen der rheinischen Katholiken verfügt das polnische Emigrantentum über eine ansehnliche Stimmenzahl, die zwar nicht zahlreich genug ist, um auch nur einen eigenen Kandidaten durchzubringen, die aber hinreicht, um auf der Schale des Sieges den Ausschlag zu geben zwischen den katholischen Kandidaten und deren Gegnern, unsern größten Feinden, den Liberalen und Sozialisten.

Anscheinend gibt es für uns keine Schranken. Einerseits der wütende Feind unsres Glaubens und unserer Nationalität, auf der andren Seite der einzige aufrichtige und erprobte Freund, den wir im Reichstage besitzen.

Und doch hat die bittere Zeit des allgemeinen Kampfes bewirkt, daß wir das Wort nehmen müssen, um schlagend festzustellen, daß polnischerseits entschieden und mit aller Energie für die Zentrumskandidaturen am Rhein und in Westfalen einzutreten ist. Es ist der Gedanke aufgeworfen worden, daß die Polen in diesen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellen sollten, und als Grund hat man angegeben, es sei nötig, eine Nationalitätszählung unsrer Emigranten zu veranstalten, auch würden ihre geistlichen Bedürfnisse unzulänglich berücksichtigt. Beide Gründe bespricht die „Köln.

Volkszeitung“ in einem vorzüglich geschriebenen und tief durchdachten Artikel. Wir geben den Artikel nachstehend wieder, und schicken die Versicherung voraus, wie wir es als durchaus nötig erachten, daß auf seinen einflussreicher Faktoren bei uns nicht zugegeben werde, daß unsrerseits der Einfluß gerade dieser unsrer aufrichtigsten Freunde untergraben werde.

Das dies nicht nur die preussische Regierung, sowie die gesamte katolische Phalanx, sondern wahrscheinlich auch diejenigen Faktoren unter den Deutschkatholiken wünschen, welche das Bündnis mit den Polen als unbequem und beengend ansehen, das wissen wir alle wohl. Aber gerade deshalb sollten wir um so sorglicher darauf achten, daß ihnen nicht ein neuer Trumpf gegen uns in die Hände gegeben werde. Wir fordern, und zwar mit Recht, daß das Zentrum auf uraltem polnischen Boden in Schlesien das Recht der polnischen Wähler, polnische Kandidaten aufzustellen, berücksichtigt, seien wir nun aber auch konsequent und erschweren wir demjenigen Teil des Zentrums, welcher es mit uns am meisten wohl meint, seine Aufgabe auf rein deutschem Boden nicht. Und selbst wenn jemand behauptet, in der Politik gebe es keine Ethik, so muß er doch zugeben, daß uns der einfache Verstand, die gewöhnliche Praxis gebieten, unsren Bundesgenossen nicht da zu schaden, wo doch für uns absolut kein Vorteil herauskommen kann. Wir wissen, daß unsre Abgeordnetenkreise sich für diese Angelegenheit lebhaft interessieren und wir erachten die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen, daß in dem Falle, wenn die polnischen Wähler in Rheinland und in Westfalen das wünschen sollten, einer unsrer Abgeordneten in die dortige Gegend kommen würde, um in öffentlicher Diskussion sich aufklärend über die Verhältnisse zu äußern und unser Bündnis mit den Katholiken gegenüber Juden und Lutheranern für die Wahlen zu bekräftigen.

Wir unsrerseits können nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß sich die öffentliche Meinung bei uns auf diese oder auf andre Weise entschieden und deutlich für die Unterstützung der deutschkatholischen Kandidaturen in diesen Wahlkreisen ausspreche.

Folgendes schreibt die Köln. Volkszeitung in dieser Angelegenheit in Nr. 138 vom 12. Febr.:

„Für die Reichstagswahlen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk wird die Haltung der polnischen Wähler von großer Bedeutung, wenn nicht ausschlaggebend sein. Namentlich gilt dies für die Riesenwahlkreise Essen, Duisburg-Mülheim a. d. Ruhr, Ruhrort, Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen und Dortmund-Hörde. Wenn dort die nach vielen Tausenden zählenden polnischen Wähler, wie das früher als ganz selbstverständlich galt, von vornherein die Zentrumspariei energisch unterstützen, so hat dieselbe die besten Aussichten, den ersten der genannten Wahlkreise zu behaupten, die drei andern zu erobern; andernfalls wird der Wahlkreis Essen gefährdet und erscheint die Eroberung der andern drei Wahlkreise nahezu unmöglich. Die polnischen Wähler und ihre Führer stehen also da vor einer folgenreichen Entscheidung.“

Die radikale Richtung unter den Polen des Industriebezirks will die Aufstellung von polnischen Sonderkandidaturen. Ein Erfolg solcher Kandidaturen ist natürlich völlig ausgeschlossen. Zur Empfehlung dieses Vorgehens hört man sagen: Die polnische Bevölkerung in jenem Bezirke müsse durch die Wahlen gezählt werden, damit man ihre ziffermäßige Stärke besser erkenne. Einer Zählung durch die Wahlen bedarf es aber nicht: man weiß ganz genau, wie stark die polnische Bevölkerung im Industriebezirk ist. Eine Zählung durch die Reichstagswahlen wird unter allen Umständen mangelhaft und für die Polen ungünstig

sein. Denn es liegt auf der Hand, daß trotz aller Agitation der radikalen Presse ein großer Teil der polnischen Bevölkerung für eine polnische Sonderkandidatur nicht stimmen, sondern gleich im ersten Wahlgange für die Zentrums-kandidaten eintreten wird, vorausgesetzt natürlich, daß die Zentrums-partei Kandidaten aufstellt, gegen welche sich begründete Einwendungen nicht erheben lassen. Die Zählung bei den Reichstagswahlen ist also auch vom rein polnischen Standpunkt aus eine verfehlte Taktik.

Weiter sagt man: Durch die Feststellung der Stärke der polnischen Bevölkerung sollten die deutschen Katholiken bzw. sollte die Zentrums-partei veranlaßt werden, auf die in Betracht kommenden kirchlichen Behörden einen Druck auszuüben, damit eine bessere kirchliche Versorgung der Polen eintrete. Es ist schon des öftern betont worden, daß die politische Zentrums-partei ganz und gar nicht in der Lage ist, einen Einfluß in der gewünschten Richtung auszuüben. Die Seelsorge für irgend einen Teil der Diözesanen ist die eigenste Angelegenheit der bischöflichen Behörde, bei welcher ihr niemand drein zu reden hat und bei der sie die alleinige Verantwortung trägt. Kein Zweifel, daß die beteiligten Ordinariate sich dieser Verantwortlichkeit voll bewußt sind, allerdings kommen ihnen dabei auch immer und immer wieder und bei jedem Schritte vorwärts die großen Schwierigkeiten zum Bewußtsein, mit welchen sie nach verschiedenen Richtungen zu kämpfen haben. Unter allen Umständen ist die Aufstellung polnischer Sonderkandidaturen bei den Reichstagswahlen ein absolut ungeeignetes Mittel, um auf die Gestaltung der seelsorglichen Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriebezirk einzuwirken.

Was würde aber durch solche Sonderkandidaturen und überhaupt durch ein Vorgehen im Sinne der radikalen polnischen kleinen Presse tatsächlich erreicht? Es würde dadurch, wie schon bemerkt, die Aktion der Zentrums-partei sehr erschwert, die Aktion der der Zentrums-partei gegnerischen Parteien bedeutend erleichtert. In letzterer Beziehung kommen in dem fraglichen Bezirk an erster Stelle die Nationalliberalen in Betracht, welche bekanntlich dem ausgesprochensten Hakatismus huldigen. Die einzige Partei, welche die berechtigten Forderungen der Polen immer unterstützt hat, ist die Zentrums-partei. Die Polen mögen sich diese Unterstützung zeitweise entschiedener gewünscht haben, aber die Tatsache steht fest, daß die Polen in dem schweren Kampf um ihre religiöse und nationale Eigenart gänzlich isoliert sein würden, wenn es gelänge, die deutschen Katholiken und die Zentrums-partei von ihnen abzu drängen.

Die Aufstellung von polnischen Sonderkandidaturen würde also die den Polen am nächsten stehende Partei schädigen, ihre schlimmsten Gegner fördern. Schon daraus ergibt sich, daß dieselbe eine Torheit wäre. Denn man muß auch in der Politik der Freund seiner Freunde sein. Es braucht nicht ausgeführt zu werden, in welchem Maße ein Vorgehen im Sinne des polnischen Radikalismus auf die Zentrums-partei im Westen verstimmend wirken müßte. Die berechtigten Forderungen des polnischen Volksteiles werden nirgends so entschieden vertreten wie von den deutschen Katholiken des Westens. Hier hat der Hakatismus so gut wie keinen Boden, während die unmittelbare nationale Reibung und mancherlei Unerquickliches auf beiden Seiten im Osten auf das Verhältnis zwischen deutschen und polnischen Katholiken vielfach störend eingewirkt haben. Eine Schädigung der Wahlausichten der rheinisch-westfälischen Zentrums-partei durch die polnischen Wähler würde zwar die Stellungnahme der Zentrums-partei zu den einzelnen staatlichen Gesetzen und Maßregeln in der Polenfrage nicht zu berühren

vermögen, aber die Temperatur auf Seiten der deutschen Zentrums-partei in denjenigen Landesteilen, wo dieselbe bisher den polnischen Beschwerden gegenüber am wärmsten war, würde verdorben, und das wäre eine keineswegs gleichgültige Sache. Imponderabilien dieser Art machen sich in politischen Fragen oft mit großer Stärke geltend.

Die Aufstellung polnischer Sonderkandidaturen in Rheinland und Westfalen wäre nichts als eine Demonstration, ein Akt, wodurch der Unmut und die Erbitterung des polnischen Volksteiles über die Behandlung zum Ausdruck gelangte, welche demselben unter dem neuen Polenkurs zu teil wird. So begreiflich die Stimmung an sich ist, aus welcher eine derartige Demonstration hervorginge, so verfehlt wäre dieselbe aus den angeführten Gründen; politisch hätte sie weder Sinn noch Verstand. Die besonnenen politisch denkenden Männer im polnischen Lager müssen und werden sich das auch selbst sagen. Sie können daher der auf Aufstellung polnischer Sonderkandidaturen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk gerichteten Bewegung unmöglich gleichgültig zusehen, müssen derselben vielmehr im eigensten Interesse der polnischen Bevölkerung und im Gesamtinteresse der preussischen Katholiken deutscher und polnischer Zunge auf das entschiedenste und mit Einbeziehung ihrer ganzen Autorität gegenüber irreleitenden Strömungen entgegentreten. Geschehe das nicht, nähme jene Bewegung ihren Gang und würde sie das eingangs dargelegte Ergebnis zur Folge haben, so hätte der Hakatismus einen wahren Triumph zu verzeichnen: die Verhezung der deutschen und der polnischen Katholiken untereinander und die Schwächung der beiden aufeinander angewiesenen Faktoren würde eine mächtige Förderung erfahren. Wir wollen auf die verhängnisvolle Tragweite der Sache rechtzeitig hingewiesen haben, damit alle, welche es angeht, zum Rechten sehen, ehe es zu spät ist.

Aus Nr. 43 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 22. Februar 1903:

Die Polen in Westfalen

sollen, wie der Dziennik Berlinski mitteilt, jemanden in vertraulicher Mission an die polnische Fraktion in Berlin gesandt haben, um in Sachen der künftigen Wahlen Rat einzuholen. Wir können versichern, daß dies unwahr ist. Dagegen ist es wahr, daß die deutschen Faktoren, welche einst einen Teil der westfälischen Polen gegen die polnische Fraktion ausgespielt haben, jetzt umgekehrt die polnischen Abgeordneten gegen die polnischen Wahlbehörden in Westfalen ausspielen möchten, und zu diesem Zwecke haben sie einen Emisjär nach Berlin gesandt. Der Emisjär kehrte jedoch mit der Lehre nach Hause zurück, man solle vor allen Dingen erst mit dem polnischen Hauptwahlkomitee in Bochum sprechen.

Aus Nr. 44 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 24. Februar 1903:

Die Wahlen am Rhein.

Die Kölner Volkszeitung gibt unseren ganzen Artikel wieder, der den von unseren Landsleuten am Rhein und in Westfalen bei den Wahlen einzunehmenden Standpunkt behandelt; ferner bespricht das Blatt ausführlich die Auslassungen des Orendowitsch, der sich energisch gegen die Losung „Fort mit dem Zentrum!“ gewandt hat, und schließlich antwortet es dem Bochumer Wiarus auf dessen Vorwurf, daß die Zentrumsleute sich nicht mit dem pol-

nischen Wahlkomitee verständigt, sondern hinter dessen Rücken versucht hätten, mit den Wählern zu verhandeln.

Die Kölnische Volkszeitung nennt das einen Fehler von seiten der Zentrumsleute; und sie gibt vollkommen zu, daß dieser Fehler sich nicht wiederholen sollte.

Notiert zu werden verdient auch die Auslassung des Dziennik Berlinski in der Sonntagsnummer. Das Blatt schlägt in Sachen der Wahlen im Westen einen Mittelweg vor, und zwar, daß unsere Landsleute beim ersten Wahlgange stets für einen polnischen Kandidaten stimmen und daß sie die eifrigste Agitation entfalten möchten, um auf ihn die größtmögliche Stimmenzahl zu vereinigen. Dagegen sollten nach Ansicht des Dziennik Berlinski die polnischen Wähler bei der Stichwahl die Kandidatur des Deutschkatholiken unterstützen, und zwar im Namen der gemeinsamen Interessen des Katholizismus und insoweit das Zentrumkomitee sich in entsprechender Form an das Wohlwollen der polnischen Katholiken wendet.

Mit diesem vom Dziennik Berlinski vorgeschlagenen Mittelwege können wir nicht einverstanden sein, namentlich aus Anlaß der Wahlverhältnisse im Wahlkreise Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen. Da ist die Lage so beschaffen, daß das Zentrum überhaupt nicht in die Stichwahl kommen kann, wenn die Polen es nicht unterstützen, und in diesem Falle müßte die Niederlage des katholischen Kandidaten ausschließlich und vollständig den katholischen Polen zugeschrieben werden, ferner geben wir zu, daß das Zentrumskomitee seiner Zeit eine Taktlosigkeit begangen hat, indem es sich nicht an das polnische Komitee des Wahlkreises Mülheim-Duisburg wandte. Aber sollte denn ein früherer Fehlgriff in der Form in unserm Verhältnis zu dem Zentrum bei den jetzigen Wahlen eine so große Rolle spielen? Auf unser Wohlwollen haben die rheinischen Katholiken ganz andere Ansprüche, als diejenigen sind, welche ihnen eine geringere oder größere Wahrung der Form seitens ihres Wahlkomitees zu sichern vermöchte. Unser Wohlwollen ist nichts anderes als das Abzahlen einer Dankeschuld, es ist eine der Lächerlichkeit wahrhaft katholischer Männer erwiesene Huldigung.

Unser Wohlwollen ist nicht das Resultat opportunistischer Bestrebungen am Vorabend der Wahl, sondern das Ergebnis einer lange andauernden und erprobten Freundschaft, deren Vorteile bisher stets einseitig uns zu gute gekommen sind. Betrachten wir also heute, wo sich die Gelegenheit bietet, uns denjenigen etwas dankbar zu erweisen, die so oft ihre Brust für uns entgegengestellt haben, nicht so durch das Mikroskop kleine Verstöße unserer Freunde, sondern reichen wir ihnen die Hand wahrhaft polnisch, aufrichtig, offen, ohne Abneigung und Schwanken. Und vergessen wir dazu den Umstand nicht, daß wir, indem wir so handeln, auch im Sinne unseres politischen Interesses handeln. Nicht oft kommt es fürwahr im Leben vor, daß wir, edel handelnd, gleichzeitig einen beachtenswerten Vorteil davontragen.

Aus Nr. 36 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 14. Februar 1903:

B e r i c h t über die Tätigkeit des St. Antonius-Vereins.

A s s e l n.

Der Verein ist am 2. März 1902 gegründet worden. Am Anfange traten 23 Mitglieder bei; im Laufe des Jahres sind 26 hinzugekommen. Am

Schlusse des Jahres hatte der Verein 49 Mitglieder. Von diesen sind 18 ausgeschieden. Die Einnahmen betrugen 387,47 Mark, die Ausgaben 342,71 Mark, es verbleibt in der Kasse ein Bestand von 45,06 Mark. Es sind 18 Versammlungen abgehalten worden, davon 15 gewöhnliche und 3 Generalversammlungen. Der Verein besitzt auch eine Bibliothek; dieselbe besteht aus 51 Büchern, welche Eigentum des Volkslesevereins in Bosen sind. Einen polnischen Geistlichen hatten wir nur einmal. Für das Jahr 1903 sind folgende Mitglieder in den Vorstand gewählt worden:

Anton Koszok, Vorsitzender — Kaspar Murawski, stellv. Vorsitzender — Michael Rendsia, Schriftführer — Hr. Malinowski, stellv. Schriftführer — Anton Chudy, Kassierer — St. Furrmann, stellv. Kassierer — Michael Mikolajczak, Bibliothekar — Eduard Gojczewski, stellv. Bibliothekar. — Die Versammlungen finden an jedem zweiten und vierten Sonntag eines jeden Monats, 4 Uhr Nachmittags, im Pieperschen Saale in Asseln statt.

Ant. Koszok, Vorsitzender.

M. Rendsia, Schriftführer.

Aus Nr. 36 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 14. Februar 1903:

Aus dem St. Georgsverein.

A l t s t a d e n.

Am Sonntag, den 25. Januar 1903, fand die Generalversammlung statt, in welcher der Bericht erstattet wurde. Der Kassenbestand beträgt 84,10 Mark. In den Vorstand sind gewählt worden:

Johann Kocha, Vorsitzender,
Johann Madalek, stellv. Vorsitzender,
Josef Biontek, Schriftführer,
Karl Michalak, stellv. Schriftführer,
Karl Jurezyk, Kassierer,
Karl Kuczera, stellv. Kassierer,
Josef Kazarewicz, Bibliothekar.

Der Vorstand.

Aus Nr. 36 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 14. Februar 1903:

J a h r e s b e r i c h t über die Tätigkeit des St. Barbara-Vereins.

O b e r h a u s e n.

Zu Beginn des Jahres hatten wir 176 Mitglieder, im Laufe des Jahres sind 52 hinzugekommen, ausgeschieden sind 39 Mitglieder. Für das Jahr 1903 verbleiben 189 Mitglieder, unter diesen befindet sich ein Ehrenmitglied. Die Einnahmen betrugen 933,46 Mark, die Ausgaben 828,43 Mark. Das Vermögen des Vereins beträgt 736,68 Mark. In der Bibliothek befinden sich 190 Bücher. Es haben 20 gewöhnliche und 4 Generalversammlungen stattgefunden. Am 11. Januar fand die Jahreshauptversammlung statt in derselben ist folgender Vorstand gewählt worden:

Propst Hortmann, Ehrenvorsitzender, Michael Juszkowiak, Vorsitzender, Johann Gozdz, stellv. Vorsitzender, Adalbert Bowny, Schriftführer, Konstantin Makala, stellv. Schriftführer, St. Mikolajczak, Kassierer, Karl Nowacki, stellv. Kassierer, Martin Depta, Bibliothekar, Johann Witkowski, stellv. Bibliothekar. — Die Versammlungen finden regelmäßig an jedem

zweiten und dritten Sonntage eines jeden Monats. Nachmittags 5 Uhr, im Heltenischen Lokale, Marktstraße Nr. 34, neben der Herz-Jesu-Kirche, statt.

M. Juskowiak, Vorsitzender.

B. Bown, Schriftführer.

Aus Nr. 37 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 15. Februar 1903:

B e r i c h t

über die Tätigkeit des St. Johannes-Vereins.

U f f e n d o r f.

Zu Beginn des Jahres 1902 zählte der Verein 235 Mitglieder, im Laufe des Jahres sind 57 eingetreten, wegen rückständiger Beiträge usw. sind mehrere in der Liste gestrichen worden. Es verbleiben für das Jahr 1903 = 170 Mitglieder. Es haben 12 gewöhnliche, 5 General- und 2 außergewöhnliche Versammlungen stattgefunden. Die Bibliothek besteht aus 225 Bänden, welche Eigentum des Volkslesevereins in Posen sind. Die Einnahmen betrugen 1151,25 Mark, die Ausgaben 996,60 Mark, es verbleiben in der Kasse 454,55 Mark.

In den Vorstand sind gewählt worden:

Stephan Władchowiez, Vorsitzender,

Fr. Koleczi, stellv. Vorsitzender,

Adam Lenckowski, Schriftführer,

M. Krzenzaniak, stellv. Schriftführer,

Johann Janowski, Kassierer,

Ludwig Pawlaczyk, stellv. Kassierer,

Johann Marek, Bibliothekar,

Fr. Rabaczewski, stellv. Bibliothekar.

Aus Nr. 37 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 15. Februar 1903:

B e r i c h t

über die Tätigkeit des St. Hedwig-Vereins.

M e n g e d e.

Die Zahl der Mitglieder des verflossenen Jahres betrug 124. Ausgeschieden sind 43, es verbleiben somit 81 zahlende Mitglieder. Die Einnahmen betrugen 421,59 Mark, die Ausgaben 369,15 Mark, es verbleiben somit in der Kasse 52,44 Mark. Im Laufe des Jahres wurden 20 gewöhnliche und 4 Generalversammlungen abgehalten. Einen polnischen Geistlichen hatten wir zweimal. In den Vorstand sind gewählt worden:

St. Raczmarek, Vorsitzender,

Nikolaus Kasprzak, stellv. Vorsitzender,

Johann Walczak, Schriftführer,

Fr. Zabendziowiez, stellv. Schriftführer,

Adalbert Pawlak, Kassierer,

Fr. Wolniak, stellv. Kassierer,

Peter Pawlak, Bibliothekar,

Joseph Nadolczak, stellv. Bibliothekar.

Johann Walczak, Schriftführer.

Aus Nr. 37 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 15. Februar 1903:

B e r i c h t

über die Tätigkeit des Barbara-Vereins.

L i n e n.

Der St. Barbara-Verein in Linen ist im Jahre 1897 gegründet worden und hat 50 Mitglieder. Der Kassenbestand aus dem Vorjahre beträgt 112,50 Mk.

In der am 25. Januar abgehaltenen Generalversammlung wurde ein neuer Vorstand gewählt. Demselben gehören an:

Paul Baturalski, Vorsitzender,

Johann Bilanski, stellv. Vorsitzender,

Anton Krolak, Schriftführer,

Michael Deplewski, stellv. Schriftführer,

Josef Brygger, Kassierer,

Adam Stachowiak, stellv. Kassierer,

St. Kapturczak, Bibliothekar,

Roman Musiol, stellv. Bibliothekar.

Der Vorstand.

Aus Nr. 38 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 17. Februar 1903:

B e r i c h t

über die Tätigkeit des Industrie-Vereins (gegr. am 26. 12. 01).

B r u c k h a u s e n - M a r x l o h.

In der ersten Versammlung traten dem Vereine 18 Mitglieder bei. Gegenwärtig hat derselbe 70 Mitglieder; die Zahl derselben wächst ständig. Der Zweck des Vereins ist: Gemeinsame Fortbildung, gegenseitige Belehrung, hauptsächlich aber die Unterstützung der polnischen Industrie in der Fremde.

Es sind im verflossenen Jahre 47 Versammlungen abgehalten worden, davon 2 Generalversammlungen, 5 außergewöhnliche und 40 gewöhnliche; die Sitzungen waren durchschnittlich von 20 Mitgliedern besucht. Die Einnahmen betrugen 478,98 Mark, die Ausgaben 409,57 Mark; es verbleiben in der Kasse 69,41 Mark. In der Bibliothek befinden sich 100 Bücher, welche Eigentum des Volkslesevereins zu Posen sind. Die Bücher wurden eifrig gelesen. In der Generalversammlung vom 1. Januar 1903 ist folgender Vorstand gewählt worden:

Karwisk, Vorsitzender,

Smektala, stellv. Vorsitzender,

Wozniak, Schriftführer,

Szymanski, stellv. Schriftführer,

Weyna, Kassierer,

Wojciak, stellv. Kassierer,

Markowski, Bibliothekar,

Wisniewski, stellv. Bibliothekar.

Nach stattgefundener Vorstandswahl wünschte Herr Karwisk dem Verein gedeihliche Entwicklung. In oben erwähnter Versammlung sind zwei Herren, die sich verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernannt worden, es sind das die Herren: Brejski, der Redakteur des Wiarus Polski aus Bochum und Lackowski aus Marxloh. Unter der Losung: „Ehre der Industrie“!

B. Karwisk, Vorsitzender.

St. Wozniak, Schriftführer.

Aus Nr. 38 des Wiarus Polski (Bochum)

B e r i c h t

über die Tätigkeit des St. Antonius-Vereins in Essen-West, früher Frohnhausen.

E s s e n.

Der Verein hatte im vergangenen Jahre 63 Mitglieder, von diesen sind 20 ausgeschieden. Neue Mitglieder sind aufgenommen worden 17, 2 sind gestorben, so daß für das Jahr 1903 verbleiben 41.

Die Einnahmen betrugen 200,88 Mark, die Ausgaben 174,76 Mark, es verbleiben in der Kasse 26,12 Mark. Versammlungen sind alle 14 Tage abgehalten worden und zwar Sonntags um 3 Uhr Nachmittags; besucht waren dieselben von durchschnittlich 20 Mitgliedern.

Am Neujahrstage fand die Generalversammlung statt, in welcher der Kassenbericht erstattet wurde. In den Vorstand sind gewählt worden: Johann Kardacz, Vorsitzender, Johann Bracha, Schriftführer, Anton Szulczyf, Kassierer, Adalbert Kardacz, Bibliothekar.

Die Bibliothek besteht aus 180 Büchern, welche Eigentum des Volkslesevereins in Posen sind. Vereinsorgan ist der Wiarus Polski in Bochum. Die Versammlungen finden wie im vorigen Jahre an jedem zweiten Sonntage, 3 Uhr Nachmittags, im Breilschen Saale statt.

Johann Kardacz, Vorsitzender.

Johann Bracha, Schriftführer.

Aus Nr. 38 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 17. Februar 1903:

St. Johannes-Verein.

Meiderich.

Am Sonntag, den 7. Dezember 1902 fand die Jahres-Generalversammlung statt. Die Einnahmen betrugen 671,42 Mark, die Ausgaben 647,72 Mark, es verbleiben in der Kasse 23,70 Mark. In den Vorstand sind gewählt worden: Ignaz Mikolajczak, Vorsitzender, Felix Kalef, stellvertretender Vorsitzender, Stephan Jackowski, Schriftführer, Johann Kzmierczak, stellvertretender Schriftführer, Fr. Sinczak, Kassierer, Adam Eloma, stellvertretender Kassierer, Johann Rubiak, Bibliothekar, Martin Rozdzka, stellvertretender Bibliothekar.

Aus Nr. 38 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 17. Februar 1903:

B e r i c h t

über die Tätigkeit des St. Matthias-Vereins für das Jahr 1902.

Holsterhausen.

Der Verein hatte zu Beginn des Jahres 34 Mitglieder. Im Laufe des Jahres sind 49 Mitglieder hinzugekommen, 18 ausgeschieden; es verbleiben somit für das Jahr 1903 65 aktive Mitglieder. Es haben 20 Versammlungen stattgefunden, eine Versammlung mußte wegen zu geringer Beteiligung ausfallen. Es sind außerdem 3 Generalversammlungen und 4 Vorstandssitzungen abgehalten worden. Die Bibliothek besteht aus 46 Büchern, welche Eigentum des Volkslesevereins zu Posen sind. Die Einnahmen betrugen 425,45 Mark, die Ausgaben 474,00 Mark. In der Kasse verbleiben, eingerechnet den Überschuss aus dem verflossenen Jahre, 82,75 Mark. Die Versammlungen finden an jedem zweiten und vierten Sonntage eines jeden Monats im Uffelmann'schen Saal statt. In den Vorstand sind gewählt worden:

Anton Danczak, Vorsitzender, Ignaz Batelski, stellvertretender Vorsitzender, Michael Przybylak, Schriftführer, Michael Wybierala, stellvertretender Schriftführer, Franz Ochotny, Kassierer, Michael Poliski, stellvertretender Kassierer, Johann Mizera, Bibliothekar, Josef Gabryjczak, stellvertretender Bibliothekar.

Danczak, Vors., M. Wybierala, stellv. Schriftf.

Aus Nr. 39 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 18. Februar 1903:

B e r i c h t

über die Tätigkeit des St. Wenzel-Vereins für das Jahr 1902.

L i n d e n.

Im Anfange hatte der Verein 99 Mitglieder. Im Laufe des Jahres sind 18 Mitglieder hinzugekommen; ausgeschieden sind 33; gegenwärtig gehören dem Verein 89 aktive Mitglieder an. Die Einnahmen betrugen 508,55 Mark; aus dem Vorjahre betrug der Bestand 424,20 Mark, somit beträgt die Gesamteinnahme 932,81 Mark. Die Ausgaben betrugen 835,61 Mark. Es verbleiben in der Kasse für das Jahr 1903 156,11 Mark. An franke Mitglieder sind an Unterstützungen gezahlt worden 482 Mark. Es sind 21 Versammlungen abgehalten worden, davon 3 Quartalsversammlungen und 1 Generalversammlung. Die Versammlungen waren von 30 bis 60 Mitgliedern besucht. Einen polnischen Geistlichen hatten wir sechsmal. In der Bibliothek befinden sich 217 Bände, von denen 187 Bände Eigentum des Volkslesevereins Posen sind.

Am 1. Januar fand die Generalversammlung statt, in derselben wurde folgender Vorstand gewählt:

Andreas Klemczak, Vorsitzender,

St. Chmielowski, stellv. Vorsitzender,

M. Calinski, Schriftführer,

W. Kaczora, stellv. Schriftführer,

R. Adamski, Kassierer,

R. Czontkolewski, stellv. Kassierer,

P. Kostrzewa, Bibliothekar,

J. Czernasty, stellv. Bibliothekar.

Ehrenvorsitzender ist der hiesige Pfarrer Respc. Die Versammlungen finden an jedem zweiten und vierten Sonntage eines jeden Monats statt.

A. Klemczak, Vors., M. Calinski, Schriftf.

Aus Nr. 41 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 20. Februar 1903:

Altendorf b. Essen.

Der polnisch-katholische St. Johannesverein hielt am 28. Dezember 1902 seine Generalversammlung ab, in welcher folgender Vorstand für das Jahr 1903 gewählt wurde:

Stephan Fronkowiak, Vorsitzender,

J. Biernas, stellv. Vorsitzender,

Fr. Sklarski, Schriftführer,

Ignaz Puck, stellv. Schriftführer,

Vincent Szumilowski, Kassierer,

M. Kochmann, stellv. Kassierer,

Adalbert Sledzinski, Bibliothekar,

Johann Kurowski, stellv. Bibliothekar.

Die Versammlungen finden alle 14 Tage im Lokale des Herrn Post (Kaisergarten), Altendorfstraße, statt.

Stephan Fronkowiak, Vors., Fr. Skalski, Schriftf.

Aus Nr. 8 der Praca (Posen)

vom 22. Februar 1903:

B l u m e n t h a l (im Hannoverischen), 3. Febr.

Der hiesige Gesang-Verein „Fröhlichkeit“ (Wesolosc) hat sich dermaßen berühmt gemacht, daß über ihn alle anderen polnischen Gesangsvereine ertönen.

Der Gesangsverein „Wesolose“ hat an der Kaisergeburtstagsfeier teilgenommen. Um nicht minderwertiger zu sein, als die deutschen Vereine, und nur um den Deutschen zu gefallen, übte er schon einige Wochen vorher deutsch-patriotische Lieder vierstimmig ein. Was herrscht da für eine Freude, wenn unsere herzlichsten Freunde sie mit ihrem Beifall überschütten! Welche Ehre, wenn der Herr Landrat dem Dirigenten die Hand reicht und „sehr schön“ sagt!

Sogar die hiesige Zeitung schmeichelte den polnischen Sängern, sie kargte nicht mit Worten der Anerkennung für die „polnischen Preußen“ und freute sich über die Fortschritte, welche ihre „polnischen Landsleute“ in der „Beherrschung des deutschen Liedes“ gemacht haben.

Ich übersende Euch entsprechende Zeitungsausschnitte, damit Ihr Euch mit eigenen Augen von der Tätigkeit des Vereins „Fröhlichkeit“ (Wesolose) überzeugen könnt, welcher in so unfröhlicher und so unpolnischer Weise aufgetreten ist. Aus dieser Zeitung ersehen wir weiter, daß nach dem Gesange drei Mitglieder des Vereins „Wesolocz“ (es soll heißen „Wesolose“) die komische Pantomime „Ein Schusterstreich“ aufführten.

Soweit hat es der Verein „Wesolose“ gebracht, geliebte Praca! Anscheinend ging es dem Dirigenten sehr um den Händedruck des Herrn Landrats und er zögerte deshalb nicht, die Sänger in den deutschen Krater hineinzuführen. Übrigens ist die Tätigkeit des Vereins ziemlich nutzbringend, denn er singt in der Kirche während der größeren Gottesdienste polnische Lieder, desgleichen auch bei Trauungen der Vereinsmitglieder. Die Anerkennung wollen wir ihm nicht versagen, doch fordern wir von ihm, daß er sich der Teilnahme an deutschen Festen enthalte und deutsch überhaupt nicht singe.

Dagegen müßte er sich die Verherrlichung unserer nationalen Feste aneignen lassen, damit das polnische Volk am Geist gestärkt und zum polnischen Gesang aufgemuntert werde. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Verein „Wesolose“ in Zukunft den deutschen „Chirungen“ entsage. Oder sollten die Mitglieder vergessen haben, daß der Verein „Wesolose“ ein polnischer Verein ist und sollten sie denn nicht wissen, daß diese Belobigungen auf die Annäherung der Polen an die Deutschen nur auf ihre Germanisierung berechnet sind? Nehmen wir uns vor den Deutschen in acht!

Ziomek (Pseudonym).

Aus Nr. 1 (Januar) des Sokół (Posen) von 1903:

Rauzel-Sabinghorst.

Unser Verein ist auf Grund des Beschlusses vom 14. Dezember v. Js. dem Verbande beigetreten und dem 7. (oberrheinisch-westfälischen) Gau zugeteilt worden.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 11 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)

vom 7. Februar 1903:

Opałeniza.

Gewiß ist bei uns noch keinem Sozialdemokraten in den Sinn gekommen, die Agitation unter den Kindern zu betreiben.

Eines Tages kam mein Töchterchen aus der Schule und weinte, weil sie der Lehrer bestraft hatte, da sie die Geschichte von den preussischen Königen nicht kannte.

Einige Tage später kommt das Kind wieder aus der Schule nach Hause und erzählt mir gleich, daß der Lehrer gesagt habe, es gäbe Sozialdemokraten, die keine Könige wollten und der Lehrer habe ihnen aufgegeben, für die Ausrottung der Sozialdemokraten zu beten. Ich habe dem Kinde auseinandergelegt, daß die Sozialdemokraten keine so bösen Leute seien, daß man für ihre Ausrottung beten müsse, und daß sie deshalb keine Könige wollten, weil sie dagegen sind, daß es Herren und Sklaven gibt. Ich sagte dem Kinde, daß ich selbst ein Sozialdemokrat sei, das Kind horchte, schüttelte mit dem Kopfe und antwortete mir schließlich: Warum Vater, hat uns der Herr Lehrer in der Schule etwas anderes gesagt?

Also dazu haben wir eine preussische Schule, deshalb zahlen wir polnischen Arbeiter Steuern, damit die Lehrer in der Schule gegen die Sozialdemokraten agitieren. Liebe Brüder, seht euren Kindern auseinander, daß die Redereien, die die Lehrer ihnen von den Sozialdemokraten predigen, wirkliche Fabeln sind und sich mit der Wahrheit nicht vereinbaren. Arbeiten wir, Brüder, Arbeiter, dem verderbbringenden Einfluß der Schule entgegen, lehren wir den Kindern die Wahrheit.

Wojciech Czerwony (der rote Adalbert).

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 6 des Petersburger Kraj
vom 7. (20.) Februar 1903:

Bei der Ausiedelungs-Kommission

macht sich offenbar ein Mangel an geeignetem Ausiedelungsmaterial bemerkbar. Wir schließen das daraus, weil sie (worauf die russischen Blätter bereits aufmerksam machten), unter den in Rußland ansässigen Deutschen stark agitiert, in Aufrufen ihnen Land verspricht, in welchem Milch und Honig fließen, wenn sie nur nach der Provinz Posen übersiedeln wollten. Bis jetzt will die Sache jedoch nicht so recht in Fluß kommen, erstens weil es den Deutschen auch in Rußland nicht am schlechtesten geht und zweitens, weil dieser oder jener, welcher sich durch die Versprechungen hat verleiten lassen, eine furchterliche Enttäuschung erfahren hat.

Aus Nr. 5 des Kraj (in Petersburg)
vom 31. Januar (13. Februar) 1903:

Mit Gefühl und Rat.

Bei der Besprechung der letzten Polendeckungen im deutschen Reichstage, benutzte Now. Wrem. die Gelegenheit, ihre Sympathie den Posener Polen zum Ausdruck zu bringen. Das Blatt brachte auch einen längeren Artikel unter der Überschrift: „Weshalb sind die polnischen Klagen für die Deutschen lächerlich?“, in welchem es den Inhalt der Rede des Abgeordneten v. Dziembowski über die Chikanen der polnischen Bevölkerung durch die preussischen Behörden wiedergab und demnächst mit großem Mitgefühl (und mit großen Buchstaben) erzählte, wie sehr die polnische Intelligenz in den Gefängnissen drangsaliert werde. Wir geben diese Beschreibung wörtlich nach der Now. Wrem. wieder:

„Es besteht in Posen ein kleines humoristisches Blatt „Komar“ (Die Mücke), welches von Herrn Slupski herausgegeben wird. Im vergangenen Frühjahr brachte er eine Karrikatur, welche einen schneidigen Offizier im preussischen Helm darstellte, der so tief in die Augen gedrückt war, daß das Gesicht nicht zu sehen war; unter dem Helm ragt ein schöner Schnurrbart nach dem bekannten neuesten deutschen Muster in die Höhe. Der Offizier spielt die Leier, vor ihm wird ein polnischer Knabe gequält. In dem verräterischen Schnurrbart und in der Leier erblickte die deutsche Staatsanwaltschaft eine zum Verrat führende Handlung und Slupski wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Dies ist eigentlich noch nicht so schlimm, denn jeder ordentliche polnische Publizist in Preußen mußte sich genau mit dem Gefängnis bekannt machen, dies ist gewissermaßen eine seiner ersten Berufspflichten. Den Slupski schleppten sie jedoch in einem sehr kranken Zustande fort und ließen ihn ohne jegliche Pflege mit dem Tode ringen. Vergebens flehte er um seine Überführung in ein Krankenhaus, vergebens bat er um einen Arzt und um eine Krankenhauskost, anstatt der unmöglichen Schweinerei, welche den Gefangenen in den preussischen Gefängnissen verabsolgt wird. Erst als die Gefängnis-Verwaltung wahrnahm, daß der Gefangene zum lebendigen Skelett geworden war, ließ sie ihn wiegen und nachdem sie sich überzeugt hatte, daß er 36 deutsche Pfund an Gewicht eingebüßt hatte, erschrak sie und entließ ihn zu seiner Erholung auf einige Tage nach Hause. In diesen Tagen mußte er wieder in das Gefängnis zurückkehren, um den letzten Monat seiner Strafe abzubüßen. In letzter Zeit wurde ihm, gegen Zahlung von 3 Mark täglich zu Gunsten des Staatsschatzes, gestattet, Zeitungen zu lesen und zu schreiben. Jeden Sonntag wird ihm durch ein kleines Türfensterchen ein Stückchen Fleisch verabsolgt. Wenn er zu stolz ist, um den appetitlichen Bissen an der Tür zu erwarten, oder wenn er sich nicht beeilt, ihn von Hand zu Hand zu ergreifen, dann wird ihm das Fleisch ohne jegliche Umstände in die Zelle auf den Fußboden geworfen. Eine wahre Tierfütterung!“

Nachdem die Now. Wrem. dies alles der Wirklichkeit entsprechend geschildert, macht sie auf die vernünftige Gleichgültigkeit aufmerksam, mit welcher die Deutschen dies alles behandeln und stellt zum Schluß die Frage:

„Trifft aber die polnischen Abgeordneten nicht selbst die Schuld daran, daß sie sich auslachen lassen und daß aus der seltenen Gelegenheit, über die Polen zu sprechen, für die Deutschen lediglich ein Zeitvertreib geworden ist? Dziembowski sprach durch die ganze Zeit zu den Deutschen von den schwachen, zu Grunde gerichteten verlassen dastehenden preussischen Polen, aber er vergaß, das aktuelle Antwort von ihrer Zugehörigkeit zu dem großen Stamme der Zukunft zu sprechen. Man kann die Wette eingehen, daß der deutsche Humor einer ernstern Stimmung gewichen wäre, wenn der polnische Redner, anstatt der Redensarten von einem bevorstehenden Bankrott der deutschen Politik, der slavischen Einigkeit Erwähnung getan hätte, als der unvermeidlichen und schnellen Folge der Verspottung der Polen, welche keineswegs verlassen dastehen.“

Diese Bemerkung schließt die Now. Wrem. mit der Versicherung, daß die Deutschen dann sicherlich den Mut verloren hätten. Wir müssen in Bezug auf den Rat der Now. Wrem. folgenden Vorbehalt machen: Es ist bekannt, wie leicht man in Deutschland wegen feindlicher Staatsgesinnung angeklagt werden kann. Wenn v. Dziembowski als Abgeord-

neter nur eine Anspielung auf eine mögliche Einmischung von Osten her gemacht hätte, hätte ihn da nicht auch das Los Slupskis getroffen? Obendrein haben v. Dziembowski und seine Kollegen erst aus den Spalten der Now. Wrem., also erst nach Schluß der Polendebatte im Reichstage von der Möglichkeit einer derartigen rettenden Intervention erfahren. Man kann also die parlamentarische Politik nicht auf ungewisse Erscheinungen oder auf Prophezeiungen stützen.

Aus Nr. 1 des (in Krakau erscheinenden)

Przegląd Wszechpolski

für den Monat Januar 1903:

Der Rechnungsabluß.

(Fortsetzung und Schluß.)

Tatsachen, welche sich bis dahin der Beachtung des Volkes entzogen und von dem größeren Teil der Presse mit Stillschweigen übergangen wurden, kamen auf den ersten Plan und bewiesen, daß das politische polnische Leben unter dem Einfluß der neuen Strömung schnell neue Formen anzunehmen anfang. In einer vielleicht am wenigsten greifbaren Gestalt machte sich die vorerwähnte Wendung in Rußland bemerkbar, woselbst die national-demokratische Bewegung die älteste ist, die umfangreichste Tätigkeit entwickelt und über die größten Kräfte verfügt. Dort erweitert seit einigen Jahren die Nationalliga (welche bis 1893 sich Polenliga nannte) allmählich ihren Wirkungsbereich und befestigt ihren Einfluß in der Gesellschaft. In den letzten Jahren wendete sich diese Tätigkeit meist den Volksmassen zu, wo unter Leitung einer Oberorganisation breite Arbeiterkreise das Werk der Nationalbildung besorgen, dabei bis in die entlegensten Winkel des Landes hineingreifend. Nach dem Fall, der die Gemüter irreführenden, treuuntertänigen Politik fingen immer breitere Bevölkerungsschichten den einzigen Weg für die Nationalpolitik in der von der national-demokratischen Partei geführten Aktion zu erblicken an. Diesem Umstand ist vor allen Dingen im vorigen Jahre der steigende Einfluß unserer Presse in dem ganzen russischen Anteil zu verdanken. Sie besitzt ihn nicht nur unter unseren Parteigenossen, sondern auch in gewissen konservativen Kreisen, welche die Richtigkeit unserer Stellung in vielen Einzelfragen der nationalen Politik anerkennen müssen.

Die erstarkende öffentliche Meinung und das lebhaftere Interesse der breiteren Bevölkerungsschichten für politische Angelegenheiten trat bei den Vialsiedlecer Vorkommnissen in die Erscheinung und zwar durch die Spenden für die aus den Schulen verwiesene Schuljugend, durch die Billigung deren Verhaltens von der Mehrheit der Gesamtbevölkerung, schließlich durch den seitens der öffentlichen Meinung auf die Katecheten ausgeübten Druck; noch stärker machte sich diese Tatsache gegen Ende des Jahres infolge der beabsichtigten polnischen Beteiligung an der allpolnischen Ausstellung in Petersburg bemerkbar.

Die im vorigen Jahre wegen der nationalen Propaganda zahlreich vorgenommenen Bauernverhaftungen öffneten schon zum Teil unserem Volke die Augen über die innerhalb der großen Volksmassen stattfindende und den Anfang zu einer gründlichen Umgestaltung der national-politischen Organisation unserer Gesellschaft bildende Bewegung, welche in ihrer weiteren Folge zu einer grundsätzlichen Änderung unserer Lage der Regierung gegenüber führen muß. Man fing an zu begreifen, daß die einzigen bedeutenderen, uns mit Hoffnung auf die Zukunft

erfüllenden Erfolge in diesen Landesteilen auf ungesetzlichem Wege erreicht wurden, welchen viele als einen Verderb für die Nation bezeichneten. Unter dem Einfluß der sich bemerkbar machenden, die Volksmengen durchdringenden Strömung zeigt sich in den intelligenten Kreisen ein neuer Geist, ein neuer Eifer zur öffentlichen Arbeit, in welcher die Gesellschaft des Königreichs heute größere Fortschritte zu machen anfängt. Der Fortschritt in dem national-politischen Selbstbewußtsein trat deutlich bei der Warschauer Jugend während der Universitätskrawalle in Rußland in die Erscheinung. Trotz der mächtigen sozialistischen Agitation für die Beteiligung an den Unruhen trotz der allen Ausbrüchen günstigen, durch ernste Vorkommnisse in Rußland herbeigeführten Atmosphäre, trotz der Studenten- und Volkskrawalle und erfolgreichen Attentate gegen Staatswürdenträger, trotz der aus Biala, Siedlec und anderen Orten herkommenden Anregung, schließlich trotz des herausfordernden Verhaltens der Behörden verhielt sich die Warschauer Jugend ruhig, ihre Haltung durch wohlverstandene breitere Nationalrückichten begründend.

Die russische Regierung, durch die weitere Entwicklung der im Innern des Landes eine Anarchie einführenden Vorkommnisse vollauf in Anspruch genommen, zieht in dem Regierungssystem Polens immer weniger Initiative und schreitet infolgedessen auf den alten Bahnen langsam weiter. Die neuen Regierungsakte aus dem vergangenen Jahre sind nur eine weitere Folge des russifikatorischen Systems Kurkos und Apuchtins, welches nach einer kurzen Dauer der diplomatischen Regierung Tmeretinskis heute wieder ohne jeglichen Vorbehalt am Ruder ist. Dies hat zur Folge, daß sich unsere Gesellschaft immer weniger für die Maßnahmen der Regierung an Ort und Stelle und für die Veränderungen in der Verwaltung interessiert, welche früher Veranlassung zu neuen politischen Kombinationen gaben, anstatt dessen aber das Interesse der Gesamtbevölkerung und den inneren Aufgaben zuwenden.

In Preußen war die Tätigkeit unserer Partei auf die Jugend zwecks Ausbildung intelligenter Kräfte gerichtet, auf welche sich die neue Richtung stützen können. Diese Arbeit wird erst nach längerer Zeit sichtbare Erfolge bringen können. Trotzdem fängt der neue, junge Kräfte aus dem Glauben an die eigene Nation und an ihre Zukunft schöpfende Geist in der Politik an, in neuen Zeiten auf der öffentlichen Bildfläche in die Erscheinung zu treten. Die denkwürdige Rede des Abgeordneten v. Chrzanowski im Reichstage und die spätere Rede des Abgeordneten Glombinski in Wien bildet, mit Rücksicht auf ihren kräftigen, männlichen Ton, gewissermaßen den Beginn eines neuen Zeitabschnitts in dem Kampfe um die Rechte und um das Interesse der Nation.

Dort, wo die Kräfte der Partei die Entwicklung der Arbeit unter dem Volke gestatteten, zeitigte das vergangene Jahr ansehnliche Erfolge dieser Arbeit. Zu ihren ersten Errungenschaften zählt der Berliner „Demokratische Verein“. Einige von diesem Verein organisierte Volksversammlungen legten Zeugnis von dem bedeutenden politischen Fortschritt ab und von der Erweiterung des Gesichtskreises des nationalen Gedankens innerhalb der dortigen Handwerker- und Arbeiterkreise. Nach dem Übergange des Dziennik Berlinski in die Hände von der neuen Bewegung feindlich gesinnten Leuten folgte in der polnischen Kolonie Berlins ein Meinungskampf gegen die Richtung des Blattes, eine anderswo im preussischen Anteil unbekannte Erscheinung. Eine große, geradezu Epoche machende Bedeutung für die Zukunft der Nationalpolitik im preussischen

Anteil nimmt die im vorigen Jahre organisierte Aktion der national-demokratischen Partei in Oberschlesien ein. Der von einer örtlichen Intelligenz, von Bauern und Arbeitern angekaufte Gornoslonszak in Rattowitz ist unter der Leitung geborener Schlesier, der Herren Korsantj und Kowalczak, das Organ der neuen Richtung geworden. Unter seinem Einfluß wurde im Herbst ein polnischer Wahlverein gegründet, welcher sich zur Aufgabe machte, bei den nächsten (im Sommer d. J.) Reichstagswahlen polnische Kandidaten, die sich der polnischen Fraktion anschließen werden, durchzubringen. Unter dieser Losung fanden gegen Ende des Jahres vorbereitende vorzüglich organisierte und von den Parteivertretern geleitete Volksversammlungen statt.

Diese Aktion, an deren Spitze sich zum ersten Mal in der kurzen Geschichte der polnischen Bewegung in Preussisch-Schlesien intelligente, aus der Mitte des schlesischen Volkes hervorgegangene Agitatoren stellten, schart auch zum ersten Mal um das auf wahrhaft national-polnischem Boden stehende und die Stärkung der polnischen Reichstagsvertretung in Berlin durch Abgeordnete aus Oberschlesien anstrebende Programm die breiteren Bevölkerungsschichten, obendrein ohne jegliche Kompromisse und Vorbehalte, in einer Provinz, in welcher die polnische Bevölkerung dicht gedrängt ansässig ist und welche in Zukunft das sicherste Bollwerk des Polentums bilden wird.

Im vorigen Jahre hörten wir von preussischer Seite wiederholt gegen unsere Gesellschaft gerichtete Herausforderungen und Drohungen: die Krone dieses Vorgehens bildete die Marienburger Rede Kaiser Wilhelms, welche sogar, wie es scheint, diejenigen Grenzen überschritten hat, welche die am wenigsten zur Milde den Polen gegenüber neigenden preussischen Politiker für geeignet hielten. Die großpolnische Gesellschaft antwortete darauf mit ihrem Verhalten während des Kaiserbesuches in Posen; es wurde auch versucht, durch die Grunwaldfeier außerhalb der Grenzen Preußens zu antworten. Die beste Antwort jedoch gab Oberschlesien, indem es unmittelbar darauf eine ausgedehnte Nationalaktion ins Leben rief und laut seine völlige Zusammengehörigkeit mit denjenigen feststellte, denen ein so rücksichtsloser Kampf erklärt wurde.

In Galizien kündigte sich die ruthenische Frage in einer vorher nicht gekannten Schärfe an. In dieser Sache nahm unsere Partei von Anfang an eine konsequente Stellung ein, sie ließ den Ruthenen gegenüber keine Ungerechtigkeiten zu, sie gestattete nicht, sie in ihren bürgerlichen Rechten zu kürzen, aber sie war gegen eine zum Schaden des polnischen Nationalinteresses erreichende Versöhnung und für die Entfaltung der bisher vernachlässigten Arbeit in dem östlichen Landesteile. Deshalb begegnete der Versuch, der Lemberger Universität den polnischen Charakter zu nehmen, einem mächtigen Widerstande seitens der sittlich mit unserer Partei verbundenen Jugend und diesem Umstande ist es zu verdanken, daß die Universitätsbehörden und das Professoren-Kollegium dem ruthenischen Studentenaufbruch gegenüber nicht verlassen dastanden.

Unsere Presse gab sich die größtmögliche Mühe, die ruthenische Frage gehörig aufzuklären, die falschen, von ihr im eigenen Lande und umsomehr in den anderen Anteilen gebildeten Begriffe richtig zu stellen, endlich unsere Politik den Ruthenen gegenüber in die richtigen Wege zu leiten, die bisher über ihre Richtung entscheidenden geheimen Abmachungen zu beseitigen, dafür aber Ehrlichkeit, Klarheit, Folgerichtigkeit und Kraft in sie hineinzuführen, deren Mangel die ruthenischen Ansprüche nur steigerte und

deren Vertreter nur anspruchsvoller machte. Die Aufgabe, welche wir uns in dieser Hinsicht stellten, wurde durch die Wahl des vorzüglichen Kenners der ruthenischen Frage, Professors von Glombinski in den Reichsrat, welcher in ihr auf dem Standpunkt unserer Partei stand, wesentlich erleichtert. Seine nach den ländlichen Arbeitseinstellungen im Reichsrat gehaltene glänzende Rede war tatsächlich die erste entschiedene Antwort auf die ruthenischen Angriffe und sie machte einen um so tieferen Eindruck, als sie von der Demokratie ausging, welcher die fremden Vertreter die Solidarisierung mit den Ruthenen gegen den polnischen Adel zuzuschreiben pflegte.

Der Umstand, daß unsere Partei in dem Augenblick in Galizien auf der Bildfläche erschien, als sich die ruthenische Frage am meisten zugespitzt hatte, also in dem Augenblick, in welchem die wahrhaft nationalen Aufgaben auf den ersten Plan traten, zwang sie zu einer deutlichen Stellungnahme in dieser Beziehung, zum Auftreten als eine nationale, allpolnische Partei. Dieses Auftreten unserer Partei und der Umstand, daß sie sich des größten Blattes im Lande, des *Slowo polskie*, welches bis jetzt in den Diensten der liberalen Bürgerdemokratie stand, bemächtigte, hat die Auflösung dieser Demokratie, welche seit einigen Jahren deutlicher in die Erscheinung trat, beschleunigt. Die Belebung der Politik in nationaler Richtung rief eine gewisse, auf der Unzufriedenheit mit der eigenen Klassenpolitik ihrer Leiter beruhende Gärung hervor, welche sich in einem Falle durch die Aufnahme seitens der Ortsorganisation einer Partei von national-demokratischer Richtung und demnächst durch das Bestreben der Volksabgeordneten im Reichsrat zum Beitritt in die polnische Fraktion bemerkbar machte. Auch die ländlichen Arbeitseinstellungen in dem östlichen Teile des Landes öffneten den ostgalizischen Konservativen die Augen über eine Gefahr, von welcher sie durch die Vernachlässigung der kulturell-politischen Interessen des zerstreut unter den Ruthenen ansässigen polnischen Volkes bedroht waren, Interessen, denen der ostgalizische Gesamtadel stets gleichgültig gegenüberstand. Angesichts dieser Einflüsse fingen neue Lösungen sich schnell Bahn zu brechen an, es wurden Aufrufe erlassen zur Annäherung der Parteien auf dem Boden nationaler Arbeit, Aufrufe, sich dem Volke, als der hauptsächlichsten nationalen Kraft, zu widmen. Unter diesen Lösungen wurde eine Anzahl polnischer Volksversammlungen im östlichen Galizien einberufen, die „Nationalversammlung“ in Anregung gebracht und die vorbereitenden Arbeiten begonnen, an welcher sich die Vertreter aller auf nationalem Boden stehenden demokratischen Richtungen, sowie ein Teil der ostgalizischen Konservativen beteiligte. Diese Einflüsse traten ebenfalls in der konservativen Wahlorganisation, dem Zentralkomitee in die Erscheinung, welches schleunigst eine Lokalorganisation in dem ganzen östlichen Landesteile ins Leben zu rufen anging. Unter dem Einflusse der im Lande sich abspielenden Ereignisse und der sich immer mehr zuspitzenden polnischen Frage in den übrigen Landesteilen, andererseits aber infolge des Erscheinens unserer Richtung auf der politischen Bildfläche begann in Galizien eine politische Gärung, welche in naher Zukunft zweifellos eine Änderung in der Zusammensetzung der Parteien und ihrer gegenseitigen Kräfte herbeiführen wird. In Anbetracht dieser Gärung gewinnt die im vorigen Jahre stattgehabte Diskussion unserer Blätter mit den Organen des Krakauer konservativen Lagers wegen der allgemeinen Richtung der Nationalpolitik in den drei Teilungsmächten eine besondere Bedeutung. Das Programm der national-demokratischen Partei

beschränkt sich nicht auf die politische Aktion und die Preßkampagne, sondern es betrachtet als seine erste Aufgabe, die Arbeit unter dem Volke anzuweisen. Bei dem Herantreten an diese Arbeit machte sich das Bedürfnis eines Volksblattes bemerkbar, denn unser Volksorgan, der *Polak*, kann die galizischen Angelegenheiten zu wenig berücksichtigen, um die Aufgabe eines Volksblattes zu erfüllen. Es wurde deshalb ein illustriertes Volkswochenblatt unter dem Titel *Dziwno* (Das Vaterland) gegründet, dessen erste Nummern schon Ende des vergangenen Jahres erschienen waren. Es ist klar, daß eine nach breiter und schöpferischer, in nationalem Geiste geführter politischer Arbeit strebende Partei vor allen Dingen den Arbeitsbedingungen, den politischen Anstalten, dem rechtlich-politischen Verhältnis des Landes zum Staate, wovon allein die Möglichkeit und Ergiebigkeit politischer Arbeit in erster Linie abhängt, ihre Aufmerksamkeit zuwenden wird. Die Folge davon ist die erneut auf die Tagesordnung erhobene Frage der tatsächlichen Selbstverwaltung für Galizien, dessen Unabhängigkeit in eigenen Angelegenheiten von dem Wiener Reichsrat, also die Frage der sogenannten Selbstständigkeit oder Sonderstellung Galiziens. Obwohl die einzelnen Tatsachen und Erscheinungen in der vorstehend gegebenen Übersicht wichtig sind, so ist ohne Vergleich wichtiger der Umstand, daß sie sich um eine gemeinsame Achse drehen, einen und denselben grundsätzlichen Inhalt besitzen, welcher auf die Ideen der Volksmassen einen mächtigen Einfluß ausübt und sie auf neue Bahnen lenkt. Dieser Inhalt — das ist das Vertrauen zu uns selbst, zu den Kräften der Nation, zu dem Fortschritt zum Besseren, das ist die Abneigung gegen die fortwährenden Vergleiche, welche unser politisches Leben während der letzten Reihe von Jahren erfüllten. Verträge zu schließen mit denjenigen, die sich mit uns vertragen wollen, den Kampf aufzunehmen mit denjenigen, welche ihn uns erklären, aber sich nicht beugen vor dem uns angreifenden Gegner — das ist der Geist unserer Politik sowohl der Regierung der Teilungsmächte, als auch den räuberischen, ruthenischen Agitatoren oder katholischen Germanisatoren in Schlesien gegenüber. Und wenn wir so weit gehen, daß wir in dem abgelaufenen Jahre einen Wendepunkt in unserer nationalen Politik erblicken, so geschieht dies nicht mit Rücksicht darauf, was in der kurzen Zeit im Leben vollbracht wurde, sondern mit Rücksicht auf die Sinnesänderung, auf das schnell steigende Vertrauen zu den eigenen Kräften und zu dem Kampfe um unser Eigentum auf der ganzen Linie.

Die in unserer Gesellschaft vorherrschende Art des politischen Denkens erachteten wir stets als eine von Grund auf falsche und als solche die uns mehr Schaden zufügt, als uns direkt von dem Feinde zugefügt wird. Das Aufgeben dieser Denkungsart ist in unseren Augen eine größere Errungenschaft, als alle praktischen Errungenschaften und alle greifbaren Erfolge politischer Arbeiten. Die Folge davon, daß sich unsere Bewegung in ihrem vollen Charakter zeigte, war die, daß sich ihrer die Regierungen der drei Teilungsmächte mit mehr Eifer annahmen. Das vergangene Jahr brachte in dieser Hinsicht keinen Zweifel lassende Äußerungen der preussischen Regierungsvertreter und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß zwischen ihnen und der russischen Regierung in Betreff des Entgegengewirkens dieser immer weiter um sich greifenden und die polnische Frage immer mehr zuspitzende Bewegung ein Einvernehmen besteht. Andererseits fühlten sich diejenigen Elemente unserer Gesellschaft, welchen aus irgendwelchen Gründen unsere Richtung verhaßt war, und

die sie meist nicht beachteten, durch deren Fortschritte stutzig gemacht, veranlaßt, gegen sie aufzutreten, was sie auch im allgemeinen mit vollster Rücksichtslosigkeit getan haben. Wir werden von allen Seiten angegriffen, der Kampf wurde uns erklärt und man bediente sich der verschiedensten Waffen gegen uns — je nach Temperament, Ehrlichkeit und dem Bildungsgrade des Gegners. Dies ist einer der günstigsten, den Aufschwung unserer Bewegung begleitenden Umstände, denn nur in einem Kampfe kann sich die neue Richtung gehörig kristallisieren und ihre politische Individualität vollenden. So lange unsere Tätigkeit nur im russischen Anteil, in welchem der mächtige Druck von außen zu einem deutlichen politischen Unterschiede im innern nicht kommen läßt, mächtiger in die Erscheinung trat, so lange waren wir die Vertreter der neuen Gedankenrichtung und eine Organisation der nationalen, politisch-kulturellen Arbeit. Mit dem Augenblicke jedoch, wo uns die Verhältnisse auf die Bildfläche des politischen Lebens in Galizien stellten, wo die politischen Unterschiede weit, in gewisser Richtung sogar infolge der ungesunden Zustände im Lande zu weit gehen, zwingen uns dieselben Verhältnisse mit jedem Tage mehr zu einer förmlichen Parteiorganisation. Dies ist für uns eine Wendung von ungeheurer Tragweite. Wir gewinnen durch sie einen direkten Einfluß auf die laufende Politik und deren Entwicklung, wir beteiligen uns direkt an der Ausgestaltung der Bedingungen der politischen Existenz unserer Gesellschaft, gleichzeitig ist jedoch damit eine gewisse Gefahr verbunden, nämlich diejenige der Einbuße des ursprünglichen Charakters der Gedankenströmung.

Eine politische Partei muß, insofern sie wirklich eine politische ist, insofern sie aktiv auf den Verlauf der Ereignisse einen Einfluß ausüben und neue Formen politischer Beziehungen bilden will, nicht nur mit den Grundsätzen, sondern auch mit der Erfordernissen der Taktik rechnen, sie muß als Tatsache die Existenz anderer Bestrebungen annehmen und sich bemühen, durch eine vernünftige Politik, oftmals durch Pflichtkompromisse sie auf solche Bahnen zu leiten, welche in ihrem Endziel dieselbe Richtung einschlagen. Andererseits schart die Organisation der Parteicadres alle diejenigen um sich, welche deren Lösungen annehmen und deren Programm unterschreiben, es muß sich dabei um einen gemeinsamen Namen, nicht aber um tiefere Grundsätze, nicht um einen Ausgangspunkt in der politischen Denkungsart handeln. Dies bewirkt, daß eine politische Partei im wahren Sinne dieses Wortes keine Gedankenströmung, welche sie ins Leben rief, gehörig darstellen kann.

Wenn die Zugehörigkeit zur Parteiorganisation eine Umgestaltung der ganzen national-demokratischen Bewegung in eine Parteiaktion bedeuten sollte, so würde dies eine verfehlte, von der Erfüllung ihrer Aufgabe weit entfernte Bewegung sein. Deshalb müssen wir uns bei der Organisation der national-demokratischen Partei fortwährend dessen bewußt sein, daß sie nicht das Alpha und Omega der national-demokratischen Richtung, sondern nur eine ihrer Metamorphosen und nur ein praktisches Äquivalent der breiten Strömung bildet, welche sich fortentwickelt und unabhängig von der Tätigkeit der Partei im politischen Leben ihre Aufgabe im Bereich des Gedankens erfüllt.

